Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang — Sonnabend, den 16. August 1919 — Nr. 390 / A 213 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei der Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— M., bei Zustellung unter Streifband 3,— M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetr.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die drohende Kohlenkatastrophe.

Allgemeiner Streik in Oberschlesien.

Der Unfähigkeit und Brutalität der Regierung und ihrer Beauftragten hat es das deutsche Volk, und insbesondere die Bevölkerung Ost- und Mitteldeutschlands, zu danken, daß wir jetzt vor der Gefahr einer Kohlenkatastrophe stehen. Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien ist allgemein geworden, die Gruben liegen tatsächlich still, die Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Herr Hörsing, der Staatskommissar für Schlesien, läßt mitteilen, daß er in das Streikgebiet abgereist sei, er hoffe, daß es ihm gelingen werde, durch Verhandlungen den Streik möglichst bald zu beenden. Es ist ungefähr das Törichste, was die Regierung anstellen konnte, daß sie diesen Hörsing nach Oberschlesien reisen läßt. Denn gerade seine Politik hat es glücklich dahin gebracht, daß die oberschlesische Arbeiterschaft erst dann die Arbeit wieder aufnehmen will, wenn ihre Forderungen sämtlich erfüllt sind, und daß außerdem mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß ganz Oberschlesien für Deutschland verloren gehen wird. Ein Berichterstatter des „Leipziger Tageblattes", eines demokratischen Organs, hatte kürzlich eine Unterredung mit einem Sekretär der polnischen Berufsvereinigung, der sich folgendermaßen äußerte: „Das schroffe Verhalten des Reichskommissars Hörsing in Oberschlesien wird die Zahl derer, die für den Anschluß Polens optieren, vermehren. Als geborener Oberschlesier bin ich in der Lage, darüber richtig zu urteilen. Das deutsche Volk wird in Oberschlesien eine grausame Enttäuschung erleben. Fällt Oberschlesien von Preußen ab, dann haben Westfalen und Rheinland mit einem noch größeren Abzug der polnischen Bergarbeiter zu rechnen."

Diese Auffassung stimmt mit den uns aus Oberschlesien zugegangenen Informationen durchaus überein. Dank der Unterdrückungsmaßnahmen des Hörsing ist die Stimmung in der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens, die die gewaltige Mehrheit in dem Bezirk darstellt, so, daß sie von Deutschland nichts mehr wissen wollen. Der „Vorwärts" hat sich kürzlich von dort berichten lassen, daß Polen den Oberschlesiern goldene Berge verspreche, um sie für sich zu gewinnen, daß Polen aber gar nicht in der Lage sei, diese Versprechungen zu erfüllen, und daß sich daher jetzt schon die Oberschlesier von Polen abwenden. Diese Darstellung ist durchaus falsch, die Oberschlesier wollen so schnell wie möglich aus einem Deutschland fort, in dem die Noske und Hörsing den Ton angeben. Diese Stimmung beeinflußt auch den jetzigen Streik. Oberschlesien soll bis zur Abstimmung von den Amerikanern militärisch besetzt und von einem Beauftragten der Entente verwaltet werden. Nach der Ratifizierung des Vertrages durch die Vereinigten Staaten, also wohl Anfang September, soll die Besetzung beginnen. Die Meinung unter den oberschlesischen Arbeitern geht nun dahin, daß der Streik nicht eher abgebrochen werden solle, bis Oberschlesien von Hörsing erlöst ist. Es sei denn, daß die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden.

Der Streik in Oberschlesien bildet auch eine ernste Gefahr für die Kohlenversorgung Berlins. Die Berliner Gaswerke, die ihre Kohlen aus Oberschlesien beziehen, sind nur noch für vierzehn Tage mit Vorräten versehen. Es soll versucht werden, sie zu strecken und aus Rheinland-Westfalen zu ergänzen. Besonders drohend wird die Gefahr für die Berliner Industrie, die im Durchschnitt nur etwa für eine Woche mit Kohle versorgt ist.

Das Vorgehen gegen die Sowjetregierung.

England bildet konterrevolutionäre Offiziere aus.

Amsterdam, 15. August.

Laut Pressebureau Radio erklärte Churchill im englischen Unterhause, daß Vorkehrungen getroffen worden sind, um 1200 russische Offiziere in Newmarket auszubilden. Sie sollen die Führung der russischen Truppen anstelle der abrückenden englischen Offiziere übernehmen.

Keine japanische Hilfe für Koltschak.

Amsterdam, 15. August.

„Associated Preß" meldet aus Tokio, daß die japanische Regierung nach längeren Beratungen zwischen dem japanischen Kabinett und dem Rat für diplomatische Angelegenheiten beschlossen habe, Koltschak mitzuteilen, daß Japan seiner Bitte um Entsendung mehrerer japanischer Divisionen gegen die Bolschewisten nicht nachkommen könne.

Beginn einer polnischen Offensive.

Amsterdam, 15. August.

Nach einer „Times"-Meldung aus Warschau haben die Polen in Wolhynien eine Offensive begonnen.

Unklare Lage in Ungarn.

Nach den neuesten Meldungen ist die Bildung des Kabinetts noch immer nicht gelungen. Es wird neuerdings wiederum mit einem Eintritt von Sozialdemokraten in das Ministerium gerechnet. Diese haben allerdings als Vorbedingung gestellt, daß die Verweserschaft des Erzherzogs Josef aufgehoben werden müsse und daß die Wahlen zur Nationalversammlung unbeeinflußt stattfinden sollen.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

HN. Wien, 15. August.

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Budapest: Die Verhandlungen über die Bildung des Koalitionsministeriums in Ungarn sind heute soweit fortgeschritten, daß der Eintritt der Sozialdemokraten in das Ministerium wahrscheinlich geworden ist. In den Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Führer Gerami hat dieser die Bedingung gestellt, daß die Wahlen in die Nationalversammlung unbeeinflußt stattfinden müssen, und daß daher nach Verfügung des Kabinetts die Verweserschaft des Erzherzogs Josef nicht mehr fortbestehen könne. Der Erzherzog erklärte, daß er nach Verfügung des endgültigen Ministeriums erwägen werde, ob er sich nicht vom politischen Leben zurückziehen wolle. Das Präsidium in der neuen Regierung dürfte der Vizepräsident der Budapesther Handelskammer, der Großkaufmann Franz Heinrich, übernehmen. Von den Sozialisten sollen Gerami, Peidl und Pakr in das Ministerium eintreten. Das Kabinett soll ein streng demokratisches Gepräge tragen. Den ersten Programmpunkt bildet die Durchführung der Wahl für die Nationalversammlung auf Grund eines freien Wahlrechtes und die Anbahnung der Friedensverhandlungen.

Die rumänische Note.

Paris, 15. August.

Wie Havas meldet, hat die Antwort der rumänischen Regierung auf die Vertreter der Großmächte einen sehr guten Eindruck gemacht. Obwohl der Text nicht ganz veröffentlicht ist, weiß man, daß in bezug auf die Politik in Budapest der rumänische Befehlshaber und Oberkommissar Weisungen erhalten hat, nach den Wünschen der Entente zu handeln. Was den zwischen den Rumänen und Ungarn abgeschlossenen Waffenstillstand anbetrifft, erklärt die Note, daß er vor der Einsprache der Alliierten zustande gekommen sei. Da die Ungarn die Rumänen angriffen, befand sich das rumänische Kommando in dem guten Glauben, daß der Waffenstillstand vom 13. November ungültig geworden sei. Der Oberste Rat hat darauf an die rumänische Regierung ein in nicht minder versöhnlichem Tone gehaltene Antwortnote gerichtet, worin er diese ersucht, da sie bereit sei, entsprechend den politischen Gesichtspunkten der Entente zu handeln, mit der interalliierten Kommission und den nach Budapest entsandten Generalen in Verbindung zu treten, um von ihnen die Wünsche der Entente entgegenzunehmen.

Ein Antistreikgesetz in England?

Amsterdam, 15. August.

Laut Pressebureau Radio erklärte der britische Arbeitsminister, der Vorschlag, ein Gesetz einzubringen, das Streiks und Aussperrungen, die nicht eine Woche im voraus angesetzt wurden, für ungesetzlich erklärt, werde sorgfältig in Erwägung gezogen werden.

Amsterdam, 15. August.

Der „Telegraaf" meldet aus London, daß die Streiklage wegen der Lohnforderungen der Eisenbahnangestellten sich plötzlich wieder verschlechtert hat. Die Gefahr, daß ein neuer Streik der Eisenbahnangestellten ausbricht, sei jedoch nicht groß.

Die U. S. P. Sachsens zur Regierungsbildung.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Sachsens hat auf ihrer vor einigen Tagen abgehaltenen Landesversammlung eine wichtige Entscheidung getroffen. Es handelt sich um die Frage, ob die Unabhängige Sozialdemokratie mit den Rechtssozialisten zusammen eine gemeinsame Regierung bilden können. Die Landesversammlung hat, wie wir unseren Lesern bereits mitteilten, die Frage bejaht.

Bei oberflächlicher Betrachtung und im Hinblick auf den jämmerlichen Zusammenbruch der rechtssozialistischen Regierungsherrlichkeit im Reich und in den Einzelstaaten könnte es absurd erscheinen, die Frage nach einer gemeinsamen Regierungsbildung überhaupt aufzuwerfen. Die Auseinandersetzungen auf der Landesversammlung in Leipzig haben jedoch bewiesen, daß es unmöglich war, die durch die Zuspitzung der politischen Verhältnisse in Sachsen akut gewordene Frage einfach mit einem Hinweis auf die Unzuverlässigkeit und Grundsatzlosigkeit der Regierungssozialisten abzutun. Das wäre nicht nur taktisch unklug gewesen, sondern hätte auch dazu beigetragen, die innerhalb der Arbeiterklasse bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten noch zu vergrößern zum Schaden für die eigene Partei.

In Sachsen liegen die Verhältnisse wesentlich anders als im Reiche. Nicht etwa, daß die sächsischen Regierungssozialisten weniger unzuverlässig wären. Im Gegenteil. Die Dresdner Regierung besorgt nach Weimarischem Muster immer offensichtlicher die Geschäfte des gegenrevolutionären Bürgertums, während sie die dadurch hervorgerufene Empörung der Arbeitermassen durch brutale Anwendung des Belagerungszustandes und der Pressezensur niederzuhalten sucht. Aber Sachsen hat eine in seiner überwiegenden Mehrheit sozialistische Bevölkerung. Die sächsische Volkskammer weist im Gegensatz zu der Weimarischen Nationalversammlung eine aus Abhängigen und Unabhängigen bestehende sozialdemokratische Mehrheit auf, und dieser Umstand hat von vornherein die Frage der Regierungsbildung in den Vordergrund gerückt. Die Rechtssozialisten sitzen als stärkste Partei im Parlament. Sie haben aber allein keine Mehrheit und sind entweder auf die Hilfe unserer an dritter Stelle stehenden Fraktion angewiesen oder gezwungen, von Fall zu Fall mit den bürgerlichen Gruppen zu kompromisseln. Offen mit den bürgerlichen Demokraten zusammenzugehen konnten sie von Anfang an nicht wagen. Deshalb machten sie bereits im Februar beim Zusammentritt der Volkskammer der U. S. P. den Vorschlag, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Das Zusammenarbeiten scheiterte, weil unsere Genossen mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die sie bereits in der Zeit nach dem 9. November mit den sächsischen Rechtssozialisten gemacht hatten, Bedingungen stellten, die die Gegenseite nicht annehmen wollte. Dadurch aber, daß sie die Verpflichtung auf eine rein sozialdemokratische Politik ablehnten und eine nur aus ihren Leuten bestehende Regierung bildeten, hatten die Gradnauer und Konsorten sich selbst zur Ohnmacht verurteilt, und die Regierungskrise in Permanenz haben sie nur durch ihre Taktik des Fortwurstelns um jeden Preis überdauert. Aber auch damit sind sie am Ende. Das fühlen sie selbst, und deshalb ihr jetzt wiederholter Versuch, die U. S. P. zum Eintritt in die Regierung zu bewegen.

So lagen die Dinge, als die Fraktion der U. S. P. den Genossen vorschlug, unter gewissen Bedingungen mit den Rechtssozialisten in Verhandlungen einzutreten. Nachdem eine Konferenz am 11. Juni, an der auch ein Vertreter der Berliner Zentralleitung teilnahm, diese Bedingungen gebilligt hatte, wurde, vorbehaltlich der Zustimmung einer Landesversammlung, mit der Kammerfraktion der S. P. D. verhandelt, die aber wiederum nicht den Mut fand, sich zu einer grundsätzlich sozialdemokratischen Politik zu bekennen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Aber damit war die vorgesehene Entscheidung der Landesversammlung nicht gegenstandslos geworden. Denn die Regierungssozialisten hatten von den Demokraten, an die sie sich nun wandten, einen Korb erhalten. Die Krise besteht also weiter und

venn Zusammentritt des Parlaments — wenn nicht früher — wird die Frage der Regierungsbildung wieder brennend. Zudem machte sich im Lande teilweise ein Widerspruch gegen den Beschluß der Fraktion geltend, so daß eine Aussprache zur Klärung der verschiedenen Auffassungen dringend geboten war.

Die Fraktion war von der Voraussetzung ausgegangen, daß es sich bei der gemeinsamen Regierungsbildung zwischen den beiden sozialdemokratischen Gruppen nicht um eine grundsätzliche, sondern um eine Zweckmäßigkeitsfrage handle. Im Gegensatz dazu war — und nicht nur vereinzelt — die Meinung aufgetaucht, daß eine Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten von vornherein grundsätzlich abgelehnt werden müsse, ja, daß der Parlamentarismus überhaupt jede Bedeutung verloren habe und das Rätesystem das alleinige Mittel zur Eroberung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus sei.

Dieser Gegensatz beherrschte auch die Landesversammlung. Der Landesvorstand, der die Meinung der Fraktion stützte, hatte eine — unsern Lesern bereits bekannte — Entschließung vorgelegt und die Genossen Lipinski und Seger als Referenten bestellt, von denen der erstere die Regierungsbildung unter Berücksichtigung der politischen Lage behandelte, während Seger — ebenfalls im Zusammenhang mit der politischen Situation und den wirtschaftlichen Grundbedingungen — über das Rätesystem sprach. Beide Redner wiesen mit Nachdruck auf das im März beschlossene Aktionsprogramm der Partei hin, das sowohl das Parlament als das Rätesystem als geeignete Kampfmittel anerkenne und das sich im Laufe der Ereignisse als richtig erwiesen habe.

Die Verfechter des Nur-Rätesystems, die in der Kommunistischen Partei ihre energischsten Vertreter finden, mußten mit ihrer Taktik Schiffbruch erleiden, weil sie glaubten, allein mit berauschenden Worten Politik treiben zu können, dabei den Zusammenhang mit den ökonomischen Tatsachen verloren und das Ziel und den Zweck des politischen Befreiungskampfes verwischten. In denselben Fehler verfallen auch die Genossen in unsern eigenen Reihen, die die Frage einer eventuellen Beteiligung an einer Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten als eine grundsätzliche Frage auffassen und schon die Erörterungen über die etwaigen Bedingungen, unter denen ein Zusammenarbeiten mit der rechtsstehenden sozialistischen Gruppe möglich sein könnte, als ein Vergehen gegen das Programm und die proletarischen Interessen betrachten.

Dieser Auffassung traten die beiden Referenten mit beweiskräftigen Gründen entgegen. Besonders Genosse Seger wies überzeugend nach, daß die politische Macht der Arbeiterklasse solange keine bleibenden Erfolge bringen könne, solange sie nicht die Möglichkeit habe, durch ihren Einfluß entscheidend auf die Gestaltung der ökonomischen Vorbedingungen einzuwirken. Das ist aber, wie die Verhältnisse im Reiche zeigen, leider noch nicht der Fall und kann nur geschehen, wenn es gelingt, die Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit auf eine einheitliche sozialdemokratische Politik zu vereinen. Mittel zu diesem Zwecke, nicht aber Selbstzweck, sind Rätesystem und Parlamentarismus. Wenn wir aber den Parlamentarismus überhaupt als Mittel für den politischen Kampf akzeptieren, dann können wir auch nicht ohne stichhaltigen Grund die Verantwortung ablehnen.

Was die Kritiker des Fraktionsbeschlusses gegen diese Auffassung ins Feld führten, war äußerst schwach. Selbst die entschiedensten Verfechter des Rätegedankens mußten zugeben, daß der Parlamentarismus neben dem Rätesystem als brauchbar für den Kampf gegen die kapitalistische Reaktion beizubehalten ist. Um so unlogischer war es, wenn sie ohne weiteres die Konsequenzen des Parlamentarismus ablehnten mit der merkwürdigen Begründung „die Massen würden es nicht verstehen". Als ob wir unsere Stellung nach der Stimmung der unaufgeklärten Masse und nicht vielmehr nach unserer politischen Ueberzeugung zu richten hätten! Das ist ja gerade unsere Aufgabe, die Massen aufzuklären und für den Sozialismus reif zu machen. Auch jetzt noch; denn die Unklarheit in der Arbeiterklasse ist noch immer erschreckend groß, und es ist eine erfreuliche Begleiterscheinung der zum Teil scharfen Debatten, daß trotz der noch zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten vollständige Einmütigkeit darüber bestand, daß die Hauptaufgabe der Partei auch in der kommenden Zeit nicht in endlosen Tüfteleien über die Form der Organisation zu suchen sei, daß es vielmehr darauf ankomme, durch intensive Aufklärung, durch die Vermittlung ökonomischer und geschichtlicher Erkenntnis die Arbeiterschaft, als die Trägerin der Revolution, mit sozialistischem Geist zu erfüllen und sie zu einer einheitlichen, von einem bewußten Willen beherrschten Kampffront gegen den Kapitalismus zusammenzuschweißen.

Offiziere als — Spartakisten.

Uns wird geschrieben:

Die 4. Inf.-Div. in Bromberg verhaftete am 5. Juni den stellv. Kommandeur des Korps Weisel, Ltn. d. R. Müller, und den Adjutanten des Korps, Ltn. d. R. Pieperbeck, unter dem Verdachte „spartakistischer Gesinnung". Beide Offiziere legten gegen diesen Haftbefehl durch ihren Rechtsanwalt Beschwerde beim Oberkriegsgericht in Stettin ein. Diese Haftbeschwerde wurde von Kriegsgerichtsrat Dr. Kauffmann der 4. J. D. nicht weitergegeben, er ließ vielmehr einen neuen Haftbefehl gleichlautend für beide Offiziere ausstellen mit der Begründung des Landesfriedensbruchs als Rädelsführer.

Auch dieser Grund war ein gesuchter. Man hat bis heute die beiden Offiziere noch nicht einmal in dieser Sache verhört. Sie sitzen jetzt schon in der 10. Woche in Untersuchungshaft, z. Z. im Amtsgerichtsgefängnis Pasewalk und warten noch immer auf die Entscheidung ihrer Haftbeschwerden. Dem Rechtsbeistand der beiden Offiziere ist es bisher nicht gelungen, den beiden Verhafteten etwas Positives über ihre angeblichen Straftaten mitteilen zu können. Auf eine persönliche Beschwerde beim Reichswehrminister Noske haben die beiden bis heute noch keine Antwort erhalten. Die beiden Offiziere befinden sich in einer äußerst erregten Stimmung und sind gewillt, in den Hungerstreik einzutreten, um endlich ihre Vorführung vor den ordentlichen Richter zu erzwingen.

Das deutsche Doppelspiel im Osten.

Noch immer keine Räumung Kurlands.

Die deutsche Regierung setzt ihr heuchlerisches Doppelspiel im Osten fort. Schon vor Monaten hat sie in der Presse erklären lassen, daß die deutschen Truppen aus Kurland zurückgezogen würden. Da die Räumung trotz der gegebenen Versicherungen nicht erfolgte, vielmehr dauernde Nachschübe an Menschen und Kriegsmaterial vorgenommen wurden, hat die Entente letzthin wieder mit allem Nachdruck die Räumung Kurlands bis zum 30. August verlangt und insbesondere die sofortige Abberufung des Generals von der Goltz gefordert.

Die deutsche Regierung, die sich in der Mehrzahl aus Rechtssozialisten zusammensetzt, die durch einen Beschluß ihrer Partei vom 31. Mai zur Zurückziehung der Truppen und zur Bestrafung derjenigen Offiziere, welche in Kurland Verbrechen gegen die Freiheit des lettischen Volkes begangen haben, verpflichtet sind, fügt sich weder dem Beschluß der rechtssozialistischen Partei, noch gibt sie den Forderungen der Entente statt, die in den entscheidenden Punkten mit diesem Beschluß konform gehen.

Die Regierung hat jetzt an die Alliierten eine Note gerichtet, in der sie die Forderung, den General von der Goltz abzusetzen, mit der Begründung ablehnt, daß dies ein Eingriff in die deutsche Kommandogewalt sei. Im übrigen behauptet die Regierung, die Räumung sei bereits angeordnet, aber sie könne nicht mit der erforderlichen Beschleunigung durchgeführt werden, da es an dem notwendigen Transportmaterial fehle.

Die ganze Note stellt im Grunde genommen nichts weiter als eine faule Ausrede dar. Wenn die Regierung die ernstliche Absicht hätte, die Truppen zurückzuziehen, dann könnte dies schon heute geschehen sein. Der Rücktransport kann im Höchstfalle 14 Tage in Anspruch nehmen. Denn es handelt sich dabei nur um 50- bis 60 000 Mann deutscher Truppen, die mindestens ebenso schnell zurückgezogen werden können, wie das Millionenheer im Westen, das im November 1918 unter viel schwierigeren Umständen seinen Rückzug in wenigen Wochen bewerkstelligte.

Der Kernpunkt des ganzen Falles ist der, daß die in Kurland befindliche Armee das Land nicht räumen will, weil sie damit einen konterrevolutionären Vorposten, von dem aus die Wiedereinführung der Monarchie in Rußland und in Deutschland betrieben werden soll, preisgeben würde. General v. d. Goltz ist das Haupt der im Osten befindlichen Verschwörungsarmee. Die Militärkamarilla will diesen Träger des konterrevolutionären Gedankens nicht preisgeben, und da die Regierung der Gefangene der Militärkamarilla ist, hat sie nicht die Kraft, die Räumung Kurlands durchzusetzen.

Die anderweitigen „Schwierigkeiten" eines schnellen Rückzugs werden nur deshalb vorgeschoben, weil die Militaristen Zeit zur Sammlung einer festgefügten Truppenmacht gewinnen wollen. General von der Goltz hat das baltische Abenteuer heute preisgegeben, er steht jetzt in direkter Verbindung mit dem Grafen Keller und hat diesem seine weitgehende Unterstützung bei der Wiedereinführung des zaristischen Regimes in Rußland zugesagt.

Die deutschen Truppen werden also nicht deshalb aus Kurland nicht zurückgezogen, weil keine Transportmöglichkeiten vorhanden sind, sondern weil es in dem Plan der deutschen Konterrevolution liegt, den Vorposten in Kurland solange wie möglich zu halten. Die Regierung ist bei diesem ganzen Doppelspiel nichts weiter als das willenlose Werkzeug in den Händen der Militärkamarilla. Ihre Erklärungen sind nicht ernst zu nehmen. Um so mehr muß die Arbeiterschaft durch geschlossenes Auftreten zeigen, daß sie gewillt ist, die Pläne der konterrevolutionären Armee in Kurland zu durchkreuzen.

Ein englisches Weißbuch über die Friedensvorschläge.

Amsterdam, 15. August.

W. T. B. teilt mit: Die englischen Blätter vom 13. melden, daß ein Weißbuch veröffentlicht worden ist, das die Korrespondenz, die im Zusammenhang mit den vom Papst im August 1917 gemachten Friedensvorschlägen geführt wurde, enthält. Von besonderem Interesse in dem Weißbuch ist ein Memorandum, das der französische Geschäftsträger am 27. August Lord Robert Cecil überreichte. Darin heißt es: „Monsieur Ribot bittet mich, Ihnen seine Befürchtungen mitzuteilen und zu erklären, daß er nicht zulassen kann, daß er auf den Weg geführt werde, von dem der Vatikan anscheinend wünscht, daß er ihn beschreitet. Er erwartet, daß die britische Regierung seine Ansicht teilt und dem Grafen de Salis Instruktionen geben wird, um alle weiteren Versuche des Kardinalstaatssekretärs, die auf eine halboffizielle Intervention zwischen den Kriegführenden hinzielen, zu entmutigen."

Man wird erst die Veröffentlichung des ganzen Weißbuchs abwarten müssen, um beurteilen zu können, welche Bedeutung das französische Memorandum hatte, und ob der Einfluß der französischen Diplomatie stark genug war, um die Anbahnung des Friedens zu verhindern. Sonderbar berührt es, daß das Wolffsche Bureau nur den französischen Brief als besonders interessant wiedergibt, dagegen aus dem sonstigen Inhalt des Weißbuchs nichts mitteilt.

Die Frage der Gefangenenrückkehr.

Amsterdam, 15. August.

Den englischen Blättern vom 13. zufolge erklärte Churchill in der Unterhaussitzung vom 13., das britische Kriegsamt habe wiederholt um die Erlaubnis nachgesucht, die deutschen Kriegsgefangenen heimsenden zu dürfen. Er bedauere sehr, daß es dem Kriegsamt bisher nicht gelungen sei, von dem Obersten Rat die Ermächtigung zu erhalten, mit der Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen zu beginnen.

Beschaffungsbeihilfe für Beamte.

Weimar, 15. August.

Die Reichsregierung hat heute beschlossen: Es soll vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung allen Beamten eine einmalige Beschaffungsbeihilfe gewährt werden, und zwar in Höhe von Mk. 1000 für kinderlos Verheiratete und von Mk. 600 für Ledige. Daneben solle für jedes zu berücksichtigende Kind Mk. 200 gezahlt werden. Die Beihilfe ist in zwei gleichen Raten im September und Dezember dieses Jahres fällig. Die Grundsätze über die Gewährung laufender Teuerungszulagen werden dahin geändert, daß die Kinderzulage vom 1. September an einheitlich auf Mk. 50 festgesetzt wird. Die anwesenden preußischen Minister haben sich bereit erklärt, eine gleiche Vorlage für die Landesversammlung dem Staatsministerium zur sofortigen Beschlußfassung zu unterbreiten.

Herr v. Bethmann-Hollweg will seine Stellung zum U-Bootkrieg erst bei einer zusammenhängenden Darstellung des U-Bootkrieges und seiner Vorgeschichte bekannt geben.

Die Waffenstillstandskommission wurde dem Reichsministerium des Aeußern unterstellt. Den Vorsitz hat der Oberbürgermeister Wilms übernommen.

Eine Vorlage über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit soll jetzt endlich der Nationalversammlung zugehen. Sie wird die Uebertragung der Militärjustiz auf die Zivilgerichtsbarkeit bringen, soll aber erst am 1. Januar 1920 Gesetzeskraft erlangen. Die Aufhebung des Reichsmilitärgerichts soll dem Reichspräsidenten überlassen bleiben, da vorerst noch viele Gnadensachen, Schutzhaftangelegenheiten usw. zu erledigen seien.

Der amtliche Pressedienst. Eine Berliner Korrespondenz teilt mit, daß der bisherige Pressechef des Ministerpräsidenten, Ulrich Rauscher, nicht nur die Nachrichten-Abteilung des Auswärtigen Amtes übernimmt, sondern die gesamten Pressestellen unter seiner Leitung zentralisiert.

Die Gefahr eines belgischen Eisenbahnerstreiks ist beseitigt, da der Minister das Versprechen abgegeben hat, daß die Gehaltsfragen bis zum 1. Oktober geregelt werden sollen.

Die Protrationierung in der Schweiz wird Anfang September aufgehoben.

Ein Kohlen-Ministerium in England? Manchester Guardian meldet, daß die Regierung beabsichtige, ein Sonderamt für die Kohlenindustrie zu gründen. Es ist sogar davon die Rede, ein Sonderministerium für Bergwerksangelegenheiten zu gründen.

Heimschickung der tschecho-slowakischen Truppen aus Sibirien. Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat beschlossen, daß England, Frankreich und Amerika zusammen die Heimschickung der tschecho-slowakischen Truppen aus Sibirien übernehmen sollen. Amerika wird wahrscheinlich die dazu erforderliche Tonnage stellen.

Regierungskrise in Finnland. Infolge der Weigerung des Generals Mannerheim, den Oberbefehl zu übernehmen, sind Staatsminister Castren und die Minister Soederhamn, Voß, Schrader, Ramsay und Walden zurückgetreten. Mit der Bildung des neuen Kabinetts ist der bisherige Finanzminister Vennola betraut worden. Ob außer den Angehörigen der Mittelparteien auch die Sozialdemokraten in die neue Regierung eintreten werden, ist noch unentschieden.

Neue Armenlermetzeleien. Im englischen Unterhaus erklärte Cecil Harmsworth, daß Meldungen über neue Christen- und Armenier-Massaker aus Mossul und dem Kaukasus eingetroffen sind. Die britische Regierung wünsche, wenn eine Mandatarmacht für Armenien bestimmt werden sollte, daß dies möglichst bald geschehe.

Deutsche Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung wurde mit der Beantwortung einiger kleiner Anfragen eingeleitet. Auf eine Anfrage des deutschnationalen Abgeordneten Schiele, ob der Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, von Rosenberg, in der Tat seinen Abschied genommen habe, weil er eine Darstellung des Finanzministers Erzberger als wahrheitswidrig nicht für zulässig gehalten habe, erklärte der Reichsminister des Auswärtigen Müller kategorisch, daß die Reichsregierung es grundsätzlich ablehne, über die Gründe Auskunft zu erteilen, welche einzelne Beamte veranlassen, um ihren Abschied einzukommen.

Das Haus wandte sich dann der zweiten Beratung des Rayonsteuergesetzes zu und schloß sich debattelos den Vorschlägen des Steuerausschusses an, den Entwurf zurückzuleiten und die Reichsregierung zu ersuchen, tunlichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das von Rayonbeschränkungen frei werdende Gelände in dem erforderlichen Umfange der Bodenspekulation entzieht und die ausreichende Möglichkeit bietet, das Gelände gemeinnützigen Zwecken in Gemeindebesitz überzuführen.

Ein Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums auf Annahme eines Gesetzentwurfs über Wochenhilfe und Wochenfürsorge wurde auf Vorschlag des Präsidenten debattelos dem sozialistischen Ausschuß überwiesen und sodann die Besprechung einer Interpellation der Rechtsparteien, betreffend den Rückgang in der Kohlenversorgung, eingetreten. Mit dieser Interpellation verbunden wurde die Beratung des Gesetzentwurfes wegen Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft. Nach den begründenden Darlegungen der Interpellation ergriff der Reichswirtschaftsminister Schmidt das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er zugeben mußte, daß die Kohlenversorgung sächlich einen erschreckenden Umfang angenommen habe und geeignet sei, das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands an den Rand des Abgrundes zu führen, wenn es nicht bald gelänge, die Produktion zu heben. Er wies darauf hin, daß bisher von keiner Seite ein wirklich durchgreifendes Mittel in Vorschlag gebracht worden sei, daß aber die Reichsregierung kein Mittel unversucht lassen werde, die Kohlenförderung zu heben.

Genosse Koenen legte den Standpunkt der U. S. P. D. zur Wirtschaftslage dar. Er wies darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen demnächst 3 Millionen Mann stark sein werde, und um diese zu beschäftigen, sei eine Umstellung des Wirtschaftslebens im Sinne des Sozialismus notwendig. Wenn das Volk krank sei, so trage die Rechte die Schuld, die durch ihre Kriegspolitik den Volkskörper vergiftet habe. Die Gewerkschaftspolitik Noskes versage bei den deutschen Arbeitern nicht mehr, das habe Hue habe das erkannt. Genosse Koenen besprach sodann die Ursachen der Streiks im Braunkohlengebiet und wies darauf hin, daß durch das ablehnende Verhalten der Regierung in allen entscheidenden Fragen die Empörung der Arbeiter immer von neuem aufgepeitscht würde. Auch bei dem Kaliarbeiterstreik habe sich die Regierung nicht bereitfinden lassen, die Differenzen durch Verhandlungen zu schlichten.

Die Reichswehrminister Schlicke und Schmidt versuchten den Standpunkt der Regierung zu rechtfertigen. Mumm sprach namens der Deutschnationalen seine Befriedigung darüber aus, daß angesichts der drohenden Wirtschaftskatastrophe eine Einheitsfront von dem Vertreter der Schwerindustrie, Hugenberg, bis zu Hue, dem Rechtssozialisten, hergestellt sei. Sie können den Rechtssozialisten zu dieser neuen Koalition aller Arbeiterfeinde unseren Glückwunsch aussprechen.

Aus aller Welt.

Ein italienisches Kriegsschiff gesunken.

Amsterdam, 15. August.

„Daily Mail" meldet aus Suez, daß das italienische Kriegsschiff „Basilicata" am Eingange des Kanals infolge Kesselexplosion gesunken ist. Die Verluste an Menschenleben sind erheblich.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Fortsetzung des Berichts aus den Nr. 331, 334 und 336 der „Freiheit".

In der

Sitzung vom 8. August

führt Macdonald (England) aus: Die britische Sektion versteht den Begriff der sozialistischen Regierung im Sinne von Sozialismus auf dem Boden der Demokratie. Der Kampf des Sozialismus war bis jetzt in gewissem Sinne unbestimmt. Heute befindet sich der Sozialismus, wie nie zuvor, in direkter Kampfberührung mit dem Kapitalismus. Das zeigt sich in allen Ereignissen von Paris bis Budapest, von der Unterstützung Denikins bis zur Beziehung der lettischen Regierung. Wir müssen hier sagen, daß alle diese Kämpfe eine gemeinsame Idee enthalten: die alte Ordnung verteidigt sich gegen die neue Ordnung, die alten Herrschaftsideen gegen die neuen Ideen der Freiheit. Wir müssen festlegen, daß der Sozialismus nicht eine Reformbewegung, kein Flickwerk ist, sondern eine neue, konstruktive Idee in politischer und ökonomischer Beziehung.

Das Prinzip eines wirklichen Friedens ist die Beseitigung der Ursachen der Kriege. Macdonald ist grundsätzlich für eine Bestrafung der Schuldigen, aber sie darf nicht die Aufregung eines Unrechtes sein, keine Demütigung. Das bestrafte Volk muß die Strafe im Bewußtsein annehmen können, daß ihm Recht geschieht. Sie muß eine moralische Belehrung erzeugen und es soll nicht das Gefühl haben, Unrecht erduldet zu haben.

Die Internationale ist nur stark, wenn die Nationen stark sind. Wir wollen einander keine Programme geben, sondern neuen Geist. Jede Nation soll treu ihrer historischen Tradition im Kampf um den Sozialismus vom Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zu einem großen Organismus getragen sein.

Canepa (Italien): Es ist zweifellos Aufgabe einer internationalen Staatenkonferenz, eine Organisation zu schaffen, durch die jede Kriegsmöglichkeit für alle Zukunft von Grund aus verhindert wird. Was aber die Konferenz der Vier in Versailles in dieser Hinsicht getan, ist weit davon entfernt, dies zu erfüllen, und wir haben hier allen Grund, gegen die Methoden der Vier in Versailles zu protestieren. Canepa hat der Kommission angehört, die der Versailler Konferenz einen Entwurf für eine

Internationale Arbeitergesetzgebung

auszuarbeiten hatte. Die Kommission hat eine wertvolle gründliche Arbeit geleistet, in dem sie sich bemühte, die Probleme, die sich einer internationalen Arbeiterkarte aufdrängen, zu erfassen. Was geschah aber? Der Rat der Vier hat unsere Arbeit vollkommen umgestürzt. Es wird unsere erste Aufgabe sein, eine Revision dieses Werkes zu verlangen.

Die Arbeiterschaft der Welt kann mit dem Friedensvertrag nicht einverstanden sein; aber ob sie nun dagegen stimmt oder sich der Stimme enthält, sicher ist, daß sie vor allem für eine baldige Revision des Vertrages zu sorgen hat. Vor allem muß sie auch dafür sorgen, daß die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen endlich aus der Sklaverei befreit werden, in der sie zum Teil seit Monaten schmachten.

Eine allgemeine Aktion der Arbeiterklasse wird erst möglich sein, wenn der Friedensvertrag ratifiziert ist, da es nun vor allem gilt, aus dem Krieg selbst herauszukommen.

Grumbach (Frankreich): Wir stehen vor der Tatsache, daß die Internationale unter tiefgehenden Schwierigkeiten leidet. Sie waren die unvermeidliche Folge des unerhörten blutigen Zusammenbruchs der Welt. Jetzt aber heißt es endlich, einmal Einigkeit zu bewahren. Von dieser hohen Warte der Einigkeit aus habe ich auf einem Parteitag in Paris vor drei Wochen erklärt, daß wir von den französischen Parlamentariern verlangen, daß sie gegen den Friedensvertrag stimmen sollen, trotzdem der Vertrag einen Paragraphen enthält, der dem Wunsch der Elsaß-Lothringer Bevölkerung entspricht: Rückkehr der 1871 geraubten Provinzen an Frankreich.

In dem Zeitpunkt, wo die Konter-Revolution in Europa einen so unerhörten Sieg davongetragen hat, müssen wir um so besser erkennen, wie notwendig es ist, alle unsere Kräfte zu konzentrieren. Nehmen wir ein Beispiel an der Einigkeit der Gewerkschaften auf dem Kongreß in Amsterdam: Erobern wir uns die gleiche Einigkeit, dann werden wir die Revision des Friedensvertrages erzwingen können. Ich bitte namentlich die deutschen Mehrheitssozialisten inständig zur Einigkeit. Herrn Wels bestreite ich das Recht, die Politik der Mehrheit hier auf der Internationale zu verteidigen, wie er das gestern getan hat.

Wenn man aus der Katastrophe des Krieges etwas retten will, so darf man die Stimmung der Massen nicht unbeachtet lassen. Die Gegenrevolution lauert. Sie triumphiert sogar schon auf gewissen Punkten der Front. Die Ereignisse in Ungarn sind dafür ein eklatanter Beweis. Es ist nur mit Schrecken daran zu denken, daß die Internationale wegen ihrer Uneinigkeit von diesen gegenrevolutionären Mächten, die noch über riesige Kräfte verfügen, ohnmächtig bleiben könnte.

Hilferding (Deutsche Unabhängige Sozialdemokratie)

hat von den Kommissionsberatungen den Eindruck erhalten, daß die Beratungen frei waren von allen nationalistischen Erwägungen. Wir haben dies nicht anders erwartet, aber wir konstatieren es mit Genugtuung. Der Gedanke des Internationalismus hat Boden gefaßt, um so mehr, nachdem die demokratischen Illusionen vollständig und gründlich zerstört worden sind.

Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß gerade diejenigen Arbeiter, die während des Krieges schwere Kämpfe gegen ihre Parteigenossen wie gegen bürgerliche Klassen gekämpft haben, dem Mißtrauen erfüllt, dem Anschluß an die Internationale gegenüberstehen. Sie tun dies, weil sie hoffen, daß aus der Revolution der Sieg des Proletariats hervorgehen wird, aber sie wissen auch, daß die internationale Reaktion eine Notwendigkeit ist, weil der Sieg des Proletariats in einzelnen Staaten nicht behauptet werden kann, solange die Revolution sich nicht über die Welt ausgebreitet hat.

Die Internationale ist ein Bedürfnis unserer praktischen Politik. Aber sie kann dann nur einen Wert für uns haben, wenn sie aus dem Stadium der Vermittlung und der Demonstration herauskommt, wenn sie als Zusammenfassung der proletarischen Kräfte wirksam wird. Damit dies möglich wird, ist eine größere Einheitlichkeit der Auffassungen notwendig. Die Bewegung kommt nicht vorwärts, solange so viele Bremsklötze daran gehängt sind.

Die revolutionäre Entwicklung zeigt eine Reihe bestimmter Probleme auf, an denen die Internationale nicht vorbeigehen kann. In Deutschland ist die rechtssozialistische Partei aus der Revolution siegreich hervorgegangen, weil die Armee zusammengebrochen war und nichts anderes an ihre Stelle getreten war. Aber welche Politik hat die neue Regierung verfolgt? Sie hat sich mit den Bürgerlichen verbündet gegen einen Teil des Proletariats. Sie hat zu Kompromissen die Hand geboten, die eine

Verfälschung und Verhinderung des Sozialismus

darstellen.

Wir Unabhängige stehen in Deutschland in einem schweren Kampf. Wir waren nach dem 9. November der Meinung, daß die politische Macht für das Proletariat ganz zu erobern sei. Die Mehrheitler dagegen haben Koalitionspolitik getrieben; sie haben die Restauration der bürgerlichen Gewalten herbeigeführt. Das Proletariat wendet sich daher in besonderem Maße von dieser Politik ab; es will den sozialen Inhalt der Revolution zurückerobern. Die Politik der Mehrheitspartei ist es gewesen, die den Krieg immer wieder verlängert hat. Die Ausführungen von Wels zeigen, daß die Rechtssozialisten alles vergessen, aber nichts hinzugelernt haben. Sie haben aufgehört, eine sozialistische Partei zu sein. Die Ausführungen von Wels beweisen, daß die Rechtssozialisten seit dem 4. August 1914 alles vergessen und selbst nach der Revolution nichts hinzugelernt haben. In der Rede von Wels war nichts zu hören von der Eroberung der politischen Macht, Verwirklichung der proletarischen Forderungen. Warum sprach Wels nicht davon? –

Wels macht Zwischenrufe.

Hilferding antwortet: Sie und Ihre Freunde haben aufgehört, eine sozialistische Partei zu sein. Sie sind heute nichts weiter als diejenigen, die in Deutschland die Gegenrevolution ermöglichen, und die haben eigentlich kein Recht mehr, an der Internationale teilzunehmen. (Anhaltender Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Hilferding fährt fort: Ueber die Notwendigkeit sind wir gewiß alle einig. Heute, wo die bürgerlichen Regierungen sich immer mehr alliieren gegen das Proletariat, wo die Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten erst dann verschwinden, wenn es sich um den Kampf gegen die internationale Arbeiterschaft handelt, wissen wir, daß Einigkeit eine politische Notwendigkeit allerersten Ranges ist. Nachdem die Entente in Budapest einen Habsburger bereits eingesetzt hat, ist vielleicht morgen schon zu gewärtigen, daß sie in Deutschland mit einem Hohenzoller oder Wittelsbacher die Revolution zu brechen sucht. Einheit können wir nur erreichen, wenn die Internationale sich auf den Boden der sozialrevolutionären Entwicklung stellt. Das ist das entscheidende Problem des künftigen Kongresses der Internationale. Bis dorthin müssen wir unsere Stellungnahme uns offen behalten. Wird die Internationale auf der Grundlage errichtet, die die Kräfte des internationalen Proletariats tatsächlich zusammenfaßt und zur gemeinsamen Aktion zu steigern vermag, dann wird die Internationale das werden, was wir von ihr stets erhofft haben: sie wird zur Befreiung der ganzen Menschheit führen. Dazu muß sie aber eine Kampforganisation des Proletariats bleiben, und dazu kann sie in ihren Reihen keine Glieder brauchen, die an der Seite der Bourgeoisie gegen das Proletariat kämpfen! (Beifall!)

Engberg (Schweden): Man hat bis jetzt hier immer nur gegen den Friedensvertrag von Versailles gesprochen; aber man vergißt, daß durch diesen Vertrag endlich der Keim zu einem neuen internationalen Staat gelegt worden ist. Diesen Fortschritt dürfen wir nicht unterschätzen. Hilferding sagte, die Internationale müsse aufhören, bloß zu demonstrieren, und müsse zu Aktionen übergehen. Wie aber soll die Internationale eine gemeinsame Aktion aufnehmen können? Wir dürfen uns nicht einbilden, daß die Voraussetzungen zu einer internationalen Aktion für die Durchführung des Sozialismus in einem gegebenen Momente schon vorhanden sind. Die Nationen sind noch viel zu verschieden unter sich. Damit will ich nicht leugnen, daß die Internationale nicht als Organisation für die revolutionäre Entwicklung dienen kann. Es ist auch meine bestimmte Auffassung, daß es jetzt gilt, den Kampf international aufzunehmen, um den Völkerbund für den Sozialismus zu erobern. Dieser Kampf muß aber in erster Linie national geführt werden.

Ebenso sehr wie mein Herz während des Krieges bei den Unabhängigen war, ebenso befürchte ich, daß diese Partei jetzt die moralischen Kräfte, die sie während des Krieges gewonnen hat, vergeudet. Meiner Ansicht nach gibt es nur eine einzige mögliche Politik, die darin besteht, daß man alle progressistischen Elemente sammelt gegen die reaktionären Elemente.

Für mich sind die reaktionären Elemente nicht nur in den bürgerlichen Parteien, sondern auch in der Arbeiterklasse selbst zu finden. Es sind alle jene Elemente, die die Diktatur des Proletariats einführen wollen, ohne auf dem Boden der Demokratie zu stehen, also vor allem die Anhänger des Bolschewismus. Diese bekämpfe ich rücksichtslos. Sozialismus ist Entwicklung. Diese Entwicklung kann nur auf dem Boden der Demokratie erfolgen.

Eduard Bernstein (Deutschland, Rechtssozialist): Hilferding hat gesagt, daß die demokratischen Illusionen gründlich zerstört seien. Aber die Demokratie als Grundlage des Völkerlebens kann überhaupt nicht zerstört werden. Wenn er von dem Mißtrauen gegenüber der Internationale spricht, so wüßte ich nicht, welcher Sozialdemokrat mit Recht den Austritt aus dieser Internationale nehmen könnte. Die dritte Internationale ist die Internationale eines neuen Militarismus. Wenn Hilferding sich gegen die deutsche sozialistische Mehrheit gewendet hat, so traf er damit auch viele Parteigenossen, die zur Internationale stehen.

Deutschlands Lage ist sehr ernst. Die Schicksalsstunde der Republik hat geschlagen. Soll sie leben oder untergehen? Ich gebe zu, daß verhängnisvolle Fehler gemacht worden sind und noch gemacht werden; aber ich wiederhole: diese Fehler könnten doppelt so groß sein, sie würden niemals an den Riesenfehler der Abseitsstehenden heranreichen. Deutschland ist durch den Krieg in eine furchtbare Lage geraten. Eine entsetzliche Demoralisation ist im ganzen Volke eingerissen. Es handelt sich darum, diesen Uebeln entgegenzutreten. Die Spartakisten, die sich heute Kommunisten nennen, gehen, unterstützt von russischen Bolschewistengeldern, darauf aus, Aufstände zu verursachen, von denen man weiß, daß sie Deutschland immer tiefer ins Elend hineinstoßen, daß sie das Elend der Hungerblockade verlängern und noch zu steigern suchen.

Entgegen der Behauptung Hilferdings hat sich die Mehrheitssozialdemokratie nie mit dem Bürgertum zu verbünden gesucht. Wenn die Sozialisten zusammengehalten hätten, so wäre eine feste sozialistische Mehrheit gebildet worden. Ich habe manchen schweren Streit mit den Führern der Mehrheit durchgekämpft; aber am 9. November habe ich mir gesagt: jetzt muß jeder Streit begraben werden, wir müssen zusammenstehen, um die Republik zu retten und auszubauen. Man urteilt über die beklagenswerten Opfer der Kämpfe, aber man schweigt über die Hekatomben, die in Rußland gebracht worden. Der Fehler der Regierung bestand oft darin, daß sie zu spät eingegriffen hat.

Wels gibt zu den Ausführungen Hilferdings eine persönliche Bemerkung ab: Hilferding hat Unrecht, wenn er behauptet, ich hätte in meiner Rede nicht gesprochen von der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht.

Troelstra (Holland): Die bisherigen Verhandlungen haben gezeigt, daß die erste Bedingung der sozialen Revolution noch nicht erfüllt ist: die Einheit der Arbeiter und der sozialistischen Kräfte überhaupt. Schon von mehreren Seiten wurde versucht, diese Einheit herzustellen. Ohne Erfolg. Wir anerkennen immerhin namentlich die unermüdliche Arbeit des Genossen Bernstein. Die von Engberg empfohlene Methode aber müssen wir zurückweisen. Sie kann der Einheit der sozialistischen Fraktionen auf revolutionärem Gebiete nicht förderlich sein. Man kann nicht zur Einheit gelangen, wenn man eine besondere extreme Richtung allzu stark betont.

Wir leben in einer Zeit der agressiven Klassenpolitik, gerichtet nicht auf die Eroberung gewisser Reformen, sondern direkt auf die Eroberung der politischen Macht, dank des Zusammensturzes des Kapitalismus und des Aufstiegs der sozialistischen Massen zur Macht. Die Eroberung der politischen Macht genügt aber nicht. Noch schwerer drückt uns die Frage: Wie soll die eroberte politische Macht vom Proletariat ausgenützt und im sozialistischen Sinne neu organisiert werden? Wir müssen uns viel bessere Rechenschaft geben von der konstruktiven Arbeit, die sofort nach der Eroberung der Macht einsetzen muß.

Bruderzwist, wie er leider heute unter den deutschen Genossen herrscht, fördert die demokratische Revolution nicht, sondern verschärft die Mißstände. Wir müssen unablässig dafür arbeiten, die verschiedenen Temperamente und Tendenzen innerhalb der sozialistischen Parteiorganisationen zusammenzuführen.

Der zweiten Internationale und der Sozialdemokratie überhaupt mangelt es noch an der nötigen Klarheit über ihre Aufgaben; es fehlt ein festgesteckstes politisches Ziel. Man stellt

Diktatur und Demokratie

einander gegenüber. Diese schroffe Gegenüberstellung ist verfehlt. Wir haben eine bolschewistische Richtung, die die Diktatur des Proletariats auf ihre Fahne geschrieben hat, in Wirklichkeit Diktatur einer Sekte des Proletariats über das Proletariat ist. Diese Richtung hat die Auffassung, daß die völlige und sofortige Verwirklichung des Sozialismus durch ein politisches System, das auf der Ausschaltung aller vom Kapitalismus geschulten Elemente begründet ist und mit einem Schlag aus der Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus entsteht. Dieser übertriebenen Auffassung steht der rechte Flügel der revolutionären Parteien gegenüber, die sich die Demokratie zum Ziele setzen und die gerade in der jetzigen Zeit, wo wir den Kapitalismus ins Herz treffen müssen, versuchen, die Bewegung in das bürgerlich-demokratische System einzuverleiben.

Die Bolschewisten werden verantwortlich gemacht für die Desorganisation in Rußland. Ich bin kein Verteidiger des Bolschewismus, möchte aber doch konstatieren, daß auch in Deutschland sich die gleiche Erscheinung zeigt. Gewiß hat die überspannte Klassenpolitik Lenins zur Desorganisation geführt; aber daneben herrscht auch in Deutschland Unsicherheit und Ziellosigkeit, die eine fortwährende Unzufriedenheit der Arbeitermassen zur Folge hat. Unter diesen Massen verstehe ich nicht bloß die Rechtssozialisten, sondern auch die Unabhängigen.

Es scheint mir, die deutschen Rechtssozialisten seien sich der Kraft, Bedeutung, Würde und der politischen Notwendigkeit einer sozialistischen Partei für das Bestehen des deutschen Volkes nicht genügend bewußt, sonst könnten sie sich nicht so stark an die Bürgerlichen anlehnen. Aber es ist eben die Haltung der deutschen Unabhängigen, die die Mehrheitssozialisten immer mehr nötigt, auf die bürgerlichen Schichten zu vertrauen. Das kann nicht geleugnet werden. Den Grund dieser ziellosen Politik erblicke ich darin, daß die Mehrheitspartei nicht über ein eigenes klares politisches System verfügt. Anderseits muß aber auch verneint werden, daß die Unabhängigen mit einem eigenen politischen System den Bürgerlichen entgegengetreten sind.

In einer gewissen Ansicht wird Lenin von den sozialistischen Parteien bevorzugt. Er verfügt über ein logisch gedachtes, wenn auch verfehltes politisches System, das den Arbeitern zusagt, weil es theoretisch die Macht und die sozialistischen Arbeiterklassen symbolisiert. Die sozialistischen Regierungen aber „zappeln" nur an der bürgerlichen Demokratie herum und operieren noch viel zu sehr mit deren Schlagworten und Illusionen.

Die erste Aufgabe der Internationale, um in dieser Verwirrung führend und einigend einzugreifen, besteht meines Erachtens darin, daß wir aus den Prinzipien, dem Wesen und den Tendenzen der Sozialdemokratie ein eigenes festes politisches System zusammenzustellen suchen. Daher beantrage ich, daß die Internationale eine

Studienkommission zur Ausarbeitung der Grundlinien für ein politisches System

einsetzen soll. (Der Redner verweist hier auf die von ihm verfaßte Broschüre über diesen Gegenstand.) Ich hoffe bestimmt, daß der heutige Kongreß die Bedeutung meiner Anregung nicht unterschätzt und ihr Folge gibt.

Kaplansky (Palästina): An Stelle einer Intervention der Imperialisten sollten wir eine sozialistische Intervention verlangen, die zu erreichen suchen müßte, daß die Freiheit der Arbeiterbewegung in Rußland wieder hergestellt werde. Wir Juden müssen unsere nationale Einheit dem Selbstbestimmungsrecht der benachbarten Völker unterordnen. Der Gedanke nationaler Selbständigkeit sollte eine Ergänzung in der Bildung von Föderationsstaaten kleiner Nationen finden. Die Rechte nationaler Minderheiten müssen direkt unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden.

Kaplansky kommt dann auf die Progrome in Polen und der Ukraine zu sprechen, indem er packende Einzelheiten über die furchtbaren Massakers gibt. Die Juden sind in diesen Staaten zu einem Instrument der Knechtung und der Majorisierung erniedrigt worden. Kaplansky stellt den formellen Antrag, daß die Konferenz eine internationale Untersuchungskommission einsetze, die über die Pogrome in Polen und der Ukraine einen Bericht auszuarbeiten hätte.

Markov (Bulgarien) ist nicht zufrieden mit der Arbeit der Kommission, weil sie sich in keiner Weise über die Balkanverhältnisse ausgesprochen hat. Die Verhältnisse sind heute schlimmer denn je, dank dem Toben des kapitalistischen Siegers gegen die demokratische Bewegung. Alle Führer der Gewerkschaften sind verhaftet und nach Kleinasien verjagt, nur weil sie den berechtigten Kampf gegen die griechische Regierung Venizelos und gegen die enorme Teuerung führten. Ein 6stündiger Streik, den die griechische Arbeiterschaft mit den Beamten durchführte, hatte die Vernichtung der ganzen Arbeiterbewegung zur Folge. Auch in Serbien leidet das mazedonische Volk unter dem gleichen Druck wie in Griechenland. Dort weiß man nichts von persönlicher Freiheit und Sicherheit. In Rumänien sind viele unserer Genossen in den Straßen von Bukarest und anderswo im Kampfe für die sozialdemokratische Sache gefallen. Die Lage der Arbeiter in der Dobrudscha und in Bessarabien ist schrecklich. Der Redner bittet die in der Internationale vereinigten Genossen, sich eine größere Klarheit über die Bewegung in den Balkanländern zu verschaffen und die Genossen der Balkanländer angemessen zu unterstützen. Namentlich verlangen und erwarten die Balkangenossen von der Internationale einen raschen und vermehrten Schutz der 110 000 Arbeiter, die noch in der Gefangenschaft schmachten.

Southouline (Russische sozialrevolutionäre Partei): Für Rußland kann es nur eine Lösung geben: Föderation aller zum ehemaligen russischen Staate gehörenden Länder. Auch für die Ukraine kann die Lösung nur darin bestehen, daß sie zu einem föderativen Rußland gehört. Das Recht auf Selbständigkeit ist an sich unbestreitbar, muß aber in gewissen Fällen aus Gründen des Sozialismus beschnitten werden. Selbst der blutigste Bürgerkrieg und die unerhörteste Unordnung in einem Staate bedeutet noch nicht ohne weiteres, daß der betreffende Staat von der Landkarte verschwinden muß. Das bedeutet nur eine revolutionäre, vorübergehende Krisis.

Die Pogrome, die in der Ukraine stattgefunden haben, waren nicht Zufall, sondern direkt organisiert durch die dortige Regierung.

(Fortsetzung folgt.)

Wichtige Neuerscheinung! Montag erscheint

Der moralische Zusammenbruch der S. P. D.

Preis 50 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e.G.m.b.H., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
8 Uhr: Die Fledermaus.
7½ Uhr
„Der Kuhreigen."
Oper von Wilh. Kienzl.

Direktion
E. Reinhard — R. Bernauer.
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
8 Uhr: Musik.
(Clara: Maria Orska.)
Sonntag u. Montag Musik.
Dienstag: Die tolle Frankfurter.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater
7½ Uhr: Die Dame im Frack.

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Leitung: Hans Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher.
8 Uhr: Charleys Tante.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße, Ausgang Stralauer Straße.
8 Uhr: Zum 210. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Ecke Friedrichstraße. Ztr. 4022, 2281.
8 Uhr: Zum 335. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.

Deutsches Theater
Allabendlich 8 Uhr
Max Pallenberg in
„Auch ich war ein Jüngling .."
(Schwank)
Sonntag nachm. 3 Uhr:
halbe Preise: Russ. Gastspiel

Theater des Westens
Bis einschl. Mittw. 20. August
7½ Uhr letzte Aufführungen
Mia Werber u. Hans Waßmann in
Die Geisha.

Walhalla-Theater
Täglich: 7½ Uhr:
O schöne Zeit, o selige Zeit!
Gartenbühne:
Theater, Spezialitätenvorstellg.

Rose-Theater
7½ Uhr: Die Frau d. Debütanten.
Gartenbühne:
5 Uhr: Konzert, Spezialitäten.
7½ Uhr: Das sieht sich jeder an.

National-Theater
8 Uhr Riesenlacherfolg! 8 Uhr
Familie Hannemann

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldmädle".
Operettenakt mit Victor Litzek von der Komischen Oper.
Dazu erstklassige Spezialitäten.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9.
½8 Neptun's Bummelfahrt
Erstklassiges Varieté.
In der Tanzdiele täglich Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Steiriner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerpreise!
Blüthgen-Konzert.

Kennst du das Land, wo dicke Eichen stehen?
Hast du den kleinen Spreewald schon gesehen?
Der schönste Ausflugsort im Reiche
Ist
Manns Waldschloß in Schöneiche.
Tel.: Friedrichshagen 65.
Jeden Sonntag Tanz.

Komödienhaus
An der Marschallbrücke
Am Montag, den 18. August, 8 Uhr
Zum 75. Male:
Liselott von der Pfalz
Lustspiel in 3 Akten und 1 Vorspiel
v. Rudolf Presber u. Leo Walter Stein
Hauptdarsteller:
Grete Diercks, Ernst Dernburg, Leonhard Haskel, Hellmuth Bathe, Willy Cartzweiler, Olga Engl, Ellen Herz, A. W. Römer, Edwin Schäfer, Alfred Schmasow, Auguste von Schlöttert, Werner Stein, Hans Tille, Wolfgang Zilzer.

Königstadt Theater
Alexanderstraße 11
Dir. Fechner
Zum 50. Male:
Republik in Stimmung
Burleske
mit Schappel in der Hauptrolle
10 Spezialitäten
Kolossaler Lacherfolg
Anfang { Wochentags 7.30 / Sonntags 5 Uhr
Nach der Vorstellung: Tanz
im Spiegel-Parkettsaal
Donnerstag, Sonnabend und Sonntag
Ball.

Möbel-Beiser
Lothringer Strasse 67
3 Min. vom Untergrundbahnhof Schönhauser Tor
liefert auf bequemste Teilzahlung
und gegen bar
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
zu mässigen Preisen.
Komplett aufgestellte
Wohn-, Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer
in grosser Auswahl.
Einzelne Möbel und farbige Küchen
Besichtigung wirklich lohnend!

Spezial-Arzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen. Damen- und Herren-Abteilung.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Shatil
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße. 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1

CIRKUS BUSCH-Gebäude
Heute Sonnabend Abend ½8 Uhr
Erstes Auftreten des Weltmeisters
Sabri-Mahir gegen Heinrich Schlüter
ferner boxen:
Max u. Richard Naujocks, Friedrich Dubois, Ernst Koch u. a. mehr
Vorverkauf bei A. Wertheim und an der Tageskasse von 10—2 Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin
Maria Wolf
am 6. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. d. nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Michael-Kirchhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg (Gottlieb Dunkelstraße) aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.

Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin die Arbeiterin
Anna Mostard
am 12. d. M. an Lungenleiden —
der Hilfsmonteur
Richard Stephan
am 7. d. M. an Lungenleiden — gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Frankfurt a. O.

Am Sonntag, den 17. August, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, findet
die Wahl eines Delegierten zur XIV. Generalversammlung
statt und sind folgende Wahllokale vorgesehen:
Restaurant Goth, Gr. Müncheberger Straße 58,
Gewerkschaftshaus, Gr. Oderstraße 51,
Alt-Berlin, Mittelstraße 24.
Unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen und Kollegin ist es, von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Mitgliedsbuch oder Gewerkschaftsausweis sind bei der Wahl als Legitimation vorzulegen.
Die Ortsverwaltung. J. A.: [illegible]

An die ehemaligen Arbeiter u. Arbeiterinnen der Flugzeugmeisterei Adlershof.
Gemäß der seinerzeit durch Plakat bekannt gegebenen Verfügung der Reichsregierung vom 21. Juli 1919 erhält jeder auf Grund der Schließung der Flugzeugmeisterei Adlershof zur Entlassung gekommene Arbeiter und jede Arbeiterin, sofern sie in den neuen Betrieben des Reichsschatzministeriums nicht wieder eingestellt werden, Vergünstigungen in der Beschaffung von Anzügen und Kostümen zu ermäßigten Preisen.
Diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, werden gebeten, sich von Montag, den 18., bis Donnerstag, den 21. August 1919, in der Zeit von vormittags 9 bis nachmittags 2 Uhr bei der [illegible] zu melden, zwecks Eintragung in eine Liste.
Reichsverwertungsamt Zweigstelle [illegible]
Niederlassung Adlershof
Flugzeugmeisterei.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Wittenau, Waffenbau.
Denjenigen Kollegen und Kolleginnen, welche bei der [illegible] Lohnzahlung, die Ende Januar d. J. stattgefunden hat, nach Beschluß des Schlichtungsausschusses, welcher ihnen [illegible] Arbeiterrat mitgeteilt worden ist, zu wenig Geld erhalten haben [illegible] dessen Nachzahlung die Firma verweigert, wird hierdurch [illegible] daß die am 13. d. M. statt einmalige Betriebsversammlung beschlossen hat, die nachzuzahlenden Beträge alle einzeln einzuklagen, [illegible] die Firma weigert, den vor kurzem in dieser Sache gefällten Schiedsspruch des Gewerbegerichts Tegel auf alle hier in Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen auszudehnen. Zu diesem Zwecke werden alle ersucht, ihre Forderungen aufzustellen und diese unter Beifügung einer Vollmacht an den Kollegen Otto Maibauer, [illegible] straße 17, bis zum 22. d. M. einzusenden, damit die ganze Angelegenheit zusammen erledigt werden kann.
Der Arbeiterrat. J. A.: Holland.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin, Sebastianstraße 37/38

Achtung! Achtung!
Streik bei Oppenheim & Stern
Krausenstraße 31/32.
Die Mitglieder des deutschen Schneiderverbandes, Schneiderinnen und Näherinnen bei der Firma Oppenheim & Stern, Krausenstraße 31/32, haben am 13. August 1919 die Arbeit niedergelegt. Der Grund ist folgender: Die Firma kündigte einer Anzahl von Arbeiterinnen, wobei sie den Vorschlag machte, daß diese Arbeiterinnen nach Ablauf der Kündigungsfrist im Stücklohn weiter beschäftigt werden könnten. Seither waren diese Arbeiterinnen im Zeitlohn beschäftigt. Die Arbeiterinnen der Firma erblickt darin eine Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit und hat daraufhin, nachdem Verhandlungen von der Firma abgewiesen wurden, die Arbeit niedergelegt.
Wir fordern die Schneiderinnen und Näherinnen der Damenkonfektion auf, für die Firma keine Arbeit anzunehmen und den Streikenden nicht in den Rücken zu fallen.
Die Ortsverwaltung.

Der Sozialist.
Soeben neue Nummer erschienen!
(Früher Sozialistische Auslandspolitik.)
Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Unter ständiger Mitwirkung von:
H. Block, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.
Abonnements vierteljährlich 6.— Mk. Einzelnummer 60 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der Freiheit oder in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

MÖBEL
sehenswerte Läger, Auswahl in 4 Etagen wie im Frieden
Gediegene Schlafzimmer
Speisezimmer ✧ Herrenzimmer
Farbige Küchen + Ergänzungs-Möbel
Für Brautleute besonders empfehlenswert. — Auf Wunsch Teilzahlung!
Möbel-Haus
A. DAMITT
Rosenthaler Str. 46-47 und Müllerstr. 181

Ballschmieders
Varieté-Garten
Badstrasse 16.

Weissenseer
Sommer-Theater
Prenzlauer Promenade 6-8.

Dir.: Gerh. Dammann
Täglich 12 Varieté-Nummern
Grosses Theater-Orchester
Eröffnung der Gärten: Wochentags 3½ Uhr, Sonntags 2½ „
Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 „
Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 „
Über Vermietung der Gärten an Vereine wende man sich an die Direktion.

Konditorei u. Café Hohenstaufen
Kottbuser Damm 76, Inh. Otto Pollmann,
hält sich den Genossen bestens empfohlen.

Genossen u. Genossinnen
Für Euch ist der grosse soziale Film aus der Arbeiterbewegung
Tote, die nicht sterben
Fortuna-Lichtspiele, Müllerstr. 12a
Täglich 5 und 8 Uhr

Färberei Jahn
färbt alle Sachen und alle Farben in 2—5 Tagen
Dresdener Straße 85.

Kupfer — Messing — Quecksilber
Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Altmetalle kaufen:
Königstadt 8503
Peters, Prenzlauer Straße 24,
Peters, Reinickendorfer Straße 12,
Möbus, Waldstraße 3, Ecke Turmstraße,
Ermel, Gubener Straße 59, an der Frankfurter Allee,
Degener, Schöneberg, Bahnstraße 46.

Vergessen Sie nicht
Ihre alten Hüte schon jetzt zum Umpressen zu bringen, da später der Andrang sehr groß ist.
Spezial: Umpressen von Velourhüten!
Eckstein's Hutfabrik, Invalidenstr. 35, Ecke Chausseestraße.
1. Filiale: Charlottenburg, Schloßstr. 61, dicht am Bhf.
2. „ Friedrichstr. 238, neben dem Lustspielhaus.
3. „ Schöneberg, Belziger Str. 4, an d. Akazienstr.
4. „ Boxhagener Str. 24b, Ecke Niederbarnimstr.
Herrenhut-Reparaturen Invalidenstr. 35 u. i. d. Filial.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse)
Haut- und Harnarzt
bewährte, fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12—2 mittags, ½6—½10 abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief Mk. 1,25).

Benachrichtigung!!
Ausschneiden!
Allen meinen lieben Kunden, Freunden, Parteigenossen zur Nachricht, daß ich im Januar mein unter der Firma
KUNSTATELIER „DÜRER"
betriebenes photographisches Atelier wegen schwerer Krankheit aufgeben mußte; am 16. August eröffne ich nun wieder ein photographisches Atelier im Hause
Schönhauser Allee 119 (am Bahnhof Schönhauser Allee, Ecke der Kopenhagener Straße)
und bitte mir, das in so reichem Maße geschenkte Vertrauen weiter zu erteilen. Ich werde bemüht sein, wie bisher nur das Beste an Ausführung und schönen Stellungen zu liefern. Alle Leser der Freiheit erhalten bei Bestellung von 1 Dutzend Bildern 1 Vergrößerung in künstlerischer Ausführung **vollkommen gratis!**
Spezialität: Vergrößerung nach alten Bildern, Postkarten etc.
Kunstatelier Dürer jetzt nur Schönhauser Allee 119
Fahrverbindung überall hin. Fahrgeld wird vergütet.
Ausschneiden!

Möbel
neue und verliehen gewesene
Kleiderschränke, Vertikos 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 300.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00. Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongues, Spiegel, Kommode.
Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln.
Kompl. Küche 175 Mk.
Versand nach außerhalb.
Seelig,
Elsasser Str. 17/18.

Thalia-Lichtspiele
Gr. Frankfurter Str. 27

Blücher-Lichtspiele
Blücher-Straße Nr. 61

In beiden Theatern von Freitag den 15. 8. bis Montag, den 18. 8. 19.
der spannendste Sensationsfilm der Gegenwart in 5 Akten
Die große Zirkusattraktion
Der Film führt uns einen großen Teil von Sensationsabwechselungen vor Augen, wie sie bisher in einem Film noch nicht gesehen worden sind, der Kampf mit den Räubern, die Namenlosen, sowie die vorkommenden Liebes- und Verfolgungs-, ebenso Zirkusattraktionen sorgen für dauernde Abwechselung.
Niemand versäume diese Sensation. Außerdem das große Beiprogramm. — Frühes Kommen sichert gute Plätze.
Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr

Bulletin der Studentenschaft für Soziale Folgen des Krieges.
Nr. 4: Die Bevölkerungsbewegung im Weltkriege von C. Döring.
1. Deutschland, 2. erweiterte Bearbeitung.
Kopenhagen, März 1919.
(Erste Auflage war in Deutschland verboten.)
Nr. 5: Oesterreich-Ungarn. Juni 1919.
Preis einschl. Teuerungszuschlag und Porto pro Expl. M. 5.30. Zusendung erfolgt gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages auf Postscheck-Konto Berlin 3881 durch den Kommissionsverlag
R. L. PRAGER in Berlin NW 7, Mittelstraße 21.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Zigaretten
englische wie deutsche nur bekannte Marken
Winkler, Schmidstraße 39 Ecke Schäferstr.

Kücheneinrichtungen ohne und mit Anrichte, direkt aus Tischlerei, von 430,— Mk. an. Hanke, Wöhlertstraße 12, Hof 1 Treppe.

Orchestrion m. neuesten Noten, Motor 2000,— Mark. Franz Hanke, Wöhlertstr. 12.

Stehpulte, Schreibtische f. Büros, Werkstätte, Jalousieschrank, Stühle, Nähmaschine, Kristallkrone, Bilder etc. verkäuflich. Tranke, Ritterstr. 39 im Laden.

Alte **Bettstelle** mit Matratze, Gaskocher, Gaslampe verkauft Pohlmann, Petersburger Straße 32.

Ecklokal zu verkaufen. Posener Str. 15.

Halsketten, Elfenbein, imit. Galalith, Quarz-Koralle von 1 bis 25 Mk., seltene Gelegenheit, Tranke, Ritterstraße 39, Laden.

Kaufgesuche

Nägel, Holzschrauben, Eisenschrauben kauft jede Menge Lehmann, Spandauer-brücke 9.

Kupferdrähte Kabel, Litzen
für Auslandsbedarf kauft Kabelvertrieb
Pfalzburg 4589
Joachim-Friedrich-Straße 34

Zigarren, Zigaretten, Tabak, Fein- u. Grobschnitt kauft sofort jeden Posten, Zigarrenladen, Wallstr. 80.

Ankauf gebrauchter Pianos
Adolf Schlesinger, Pianohandlung, W. 47, Göbenstr. 10.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, neue, kauft laufend täglich von 5 Uhr Schlev, Neukölln, Prinz-Handjerystraße 44/45.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 8705 und 8515

Spiralbohrer, neu, Feilen und Schmirgelleinen, kauft höchstzahlend jeden Posten Lennig, Alt-Moabit 161.

Unterricht

Elektrotechnik. Ausbildung durch Oberingenieur, Schließfach 8, Postamt 68.

Tiermarkt

Kaninchen-Deckstation. Tragende Zibben, auch mit Jungen, ständ. große Auswahl. Kleintierzucht Elbinger Str. 14.

Verschiedenes

Nebenverdienst für Damen, Herren u. größere Betriebe. Offerten Uledig Versandhaus Oranienburg.

Photograph, firm in Kinder-, Personen-, Häuser-Aufnahmen, bei täglich 20—30 M. für die Reise sofort gesucht. Pahl, Brandenburg (Havel), Kleingartenstraße 34.

Abessinier-Pumpen
für Laubenkolonien, zum Selbsteinstellen. Filterungen, Gartenanlegung, [illegible] Robert Belea, Fernsprecher, Berlin, [illegible] (2 Min. v. Schles. Bahnh. entfernt).

Großen Erfolg
haben selbst die
Kleinen Anzeigen
in der „Freiheit".

Zentralverband der Fleischer.
Bezirk Hamburg sucht baldigst einen
I. Bevollmächtigten
möglichst Berufsangehörigen. Reflektiert wird nur auf tüchtige Kraft. Bewerbungen mit Lebenslauf und Abhandlung über die Aufgaben eines Bevollmächtigten sind bis zum 30. August mit der Aufschrift „Bewerbung" an P. Bergmann, Hamburg, Hasselbrookstraße 122, zu senden.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort
Botenfrauen
eingestellt:
Berlin
Girschner, Gitschiner Straße 92, Lode, Marburger Straße 23, Larzeck, Hussitenstr. 35, Freiheit Schiffbauerdamm, Tornseifer, Lübecker Str. [illegible]
Wilmersdorf-Halensee
Neßler, Hindenburgstraße 34.
Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31.
Potsdam
Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 3[illegible]

Neuwahl und Neuaufbau des Groß-Berliner Arbeiterrates.

An die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Die kapitalistische Produktionsweise, die formale Demokratie und der Staatssozialismus sind nicht imstande, das Wirtschaftsleben zum Nutzen der Allgemeinheit neu aufzubauen und die sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Dazu sind die im Rätesystem zusammengefaßten Kräfte des werktätigen Volkes notwendig. Eine durchgreifende Sozialisierung, d. h. die Ersetzung der kapitalistischen Produktionsform durch die sozialistische, damit aber auch die Beseitigung des Obrigkeitsstaates, kann nur durch das Proletariat erfolgen.

Ihren Aufgaben entsprechend hat die Räteorganisation zwei Betätigungsformen, eine wirtschaftliche und eine politische. Beide müssen aufgebaut sein auf dem System der Betriebs- und Berufswahl. Daraus folgt, daß der Aufbau der Räteorganisation, die den Produktionsprozeß zunächst zu kontrollieren und mitzubestimmen, dann aber auch verantwortlich zu leiten hat, zuerst vorgenommen werden muß. In ihrer Wirksamkeit wird sich diese Organisation in dieser revolutionären Epoche nicht auf engbegrenzte wirtschafts-technische Aufgaben beschränken, sondern auch zu politischen Fragen Stellung nehmen müssen. Sie wirkt sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Kampfe als Waffe des Proletariats, sie ist sein erfolgversprechendes Kampfinstrument zur Erringung der politischen Macht.

Sobald die wirtschaftliche Betätigungsform des Rätesystems fundiert und aufgebaut ist, hat der Aufbau der politischen Betätigungsform des Rätesystems zu erfolgen. Solange das nicht geschehen ist, hat das bisherige Provisorium der politischen (kommunalen) Arbeiterräte weiter zu bestehen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, soll der Groß-Berliner Arbeiterrat aufgebaut werden und zwar zunächst als wirtschaftliche Betätigungsform des Rätesystems.

Groß-Berlin wird zu einem Wirtschaftsbezirke zusammengeschlossen. (Siehe Plakate an den Anschlagsäulen. Innerhalb dieses Bezirkes wird das gesamte Wirtschaftsleben in 14 Hauptgruppen gegliedert:

1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei,
2. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei,
3. Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe,
4. Metallindustrie,
5. Chemische Industrie,
6. Spinnstoffgewerbe, Konfektion,
7. Papier-Industrie, Graphisches Gewerbe,
8. Leder- und Schuh-Industrie, Industrie lederartiger Stoffe,
9. Holz- und Schnitzstoffgewerbe,
10. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe,
11. Bank-, Versicherungs- und Handelsgewerbe,
12. Verkehrsgewerbe,
13. Beamte und Arbeiter der Staats- und Kommunal-Verwaltungen und Betriebe,
14. Freie Berufe.

Jede der vorstehend aufgeführten Hauptgruppen wird in Untergruppen gegliedert, die sich aus den produktiven Eigenarten ergeben und nach der Erfassung der Wahlberechtigten gebildet werden.

Durch die zu schaffende Räteorganisation soll die Selbstverwaltung der vorstehenden 14 Hauptgruppen gewährleistet werden. Die Grundlagen dieser Organisation sind die Betriebsräte, die kleinsten produktiven Einheiten des Wirtschaftslebens. Aus den Betrieben bzw. aus den Berufen werden die Vertrauensleute des werktätigen Volkes gewählt. Diese Räteorganisation erfaßt alle arbeitenden Kräfte des Volkes. Sie wird später organisch ausgebaut zu einer das ganze Volks- und Wirtschaftsleben zusammenfassenden Zentral-Organisation.

Die gesamte werktätige Bevölkerung wird zur Mitarbeit an der neu zu schaffenden Räteorganisation aufgefordert.

Grundsätze für das Wahlrecht zu den Betriebs- und Berufsräten.

Wahlberechtigt sind ohne Unterschied des Geschlechts alle über 18 Jahre alten Hand- und Kopfarbeiter, die ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten und dadurch ihren Lebensunterhalt erwerben. Diejenigen Personen, die zum Erwerb ihres Lebensunterhalts vorübergehend eine beschränkte Anzahl von Hilfskräften gebrauchen, wie: Aerzte, Schriftsteller, Künstler, sind wahlberechtigt.

Ausgeschlossen sind Personen, die im Besitz von Produktionsmitteln sind, diese im eigenen Interesse ausnützen und ständig durch fremde Arbeitskräfte bedienen lassen. Ferner Personen, die einen privatkapitalistischen Betrieb oder eine Anstalt gewerbsmäßig aufrecht erhalten und ständig fremde Arbeitskräfte beschäftigen. Desgleichen auch solche, die von Grundrente oder arbeitslosem Kapitaleinkommen leben, sowie durch Tantieme und dergleichen am Unternehmergewinn beteiligten Direktoren, Prokuristen usw.

Bevor die vorstehend aufgeführten 14 Hauptgruppen und deren Untergruppen gebildet und damit auch deren Selbstverwaltung geschaffen werden kann, müssen zunächst die

Wahlberechtigten im Betrieb und Beruf erfaßt werden.

Die Erfassung wird vorgenommen:

von Montag, den 18. bis Sonnabend, den 24. August 1919 in der Zeit von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr.

Meldestellen.

In folgenden Lokalen werden Meldungen in der oben festgesetzten Zeit entgegengenommen:

Nr.	Stadtteil	Name und Straße
1.	Zentrum	Hippolyt Dalstein, Wallnertheaterstraße 21.
2.	„	Oimburger Vierhaus, Charlottenstraße 81.
3.	„	Karl Witte, Poststr. 29.
4.	„	Paul Franke, Muskakstr. 35.
5.	„	Fritz Grundmann, Prinz Louis-Ferdinand-Str. 1, Tel. Zentrum 2686.
6.	Norden	Alfred Jarzek, Hussitenstr. 35, Tel. Humboldt 2973.
7.	„	Kühne, Stolpischestr. 89.
8.	Nordost	Ww. Elise Bartel, Elbinger Str. 62, Tel. Alexander 2050.
9.	Osten	Paul Liebermann, Jorndorfer Str. 9, Tel. Alexander 4928.
10.	Südost	Paul Wutzke, Mariannenstr. 43, Ecke Skalitzer Str.
11.	Südwest	Menzel, Hagelberger Str. 52.
12.	Tiergartenviertel	August Hartlieb, Magdeburger Str. 9, am Magdeburger Platz.
13.	Bayrisches Viertel	Lahmann, Wittenbergplatz 3.
14.	Nordwest	Ferdinand Mudenhauer, Waldstr. 8, Tel. Moabit 643.
15.	Reinickendorf-West	Glamann, Schillingstr. 34.
16.	Reinickendorf-Ost	August Feind, Kopenhagener Str. 71, Tel. Reinickendorf 9.
17.	Pankow	Wilhelm Gaßmann, Kreugstr. 14, Tel. Pankow 788.
18.	Weißensee	Otto Plasche, Berliner Allee 251, Tel. Weißensee 258.
19.	Hohenschönhausen	Otto Heyen, Berliner Str. 98, Tel. Lichtenberg 1202.
20.	Lichtenberg	Johann Blum, Frankfurter Allee 297, Tel. Lichtenberg 3109.
21.	Oberschöneweide	Kobanik, Wilhelminenstr. 18, Tel. Oberschöneweide 200.
22.	Baumschulenweg	Boche, Baumschulenstr. 67, Tel. Oberschöneweide 885.
23.	Neukölln	Gemmeler, Kaiser-Friedrich-Str. 282, Ecke Tellstr.
24.	„	Kirchner, Hermannstr. 168.
25.	Tempelhof	Genossenschaftswirtshaus, Dorfstraße 50, Tel. Südring 142.
26.	Steglitz	Brunelt, Birkbusch-, Ecke Schützenstr.
27.	Wilmersdorf	Neumanns Gesellschaftshaus, Paretzstr. 1, Ecke Augustastr.
28.	Schmargendorf	Hermann Grohe, Breite-, Ecke Warnemünder Str.
29.	Westend	Franz Lewandowski, „Zur Roßtrappe“, Spandauer Chaussee, Tel. Wilhelm 2024.
30.	Charlottenburg	Hugo Müller, Osnabrücker Str. 4, Tel. Wilhelm 657.
31.	Oranienburg	Stralsunder Hof, Stralsunder Str. 8.
32.	Hohenneuendorf	Richter, Berliner-, Ecke Hauptstr.
33.	Bernau	Emil Wünsche, Bürgermeisterstr.
34.	Bach	Schulzig, Schönower Str.
35.	Alt-Landsberg	Unterlauf, Strausberger Str.
36.	Kalkberge	August Noack, Schützenhaus in Tasdorf.
37.	Königswusterhausen	Zum Siegeskranz, Inhaber Ww. Junge, Storkower-, Ecke Kottbuser Str.
38.	Köpenick	Zur Gerichtslaube, Inhaber Kastner, Kaiserin-Augusta-Viktoria-Str. 29, Tel. 26.
39.	Teltow	Stars Gesellschaftshaus, Berliner Straße.
40.	Nowawes	Ebel, Priesterstr. 31.
41.	Wustermark	Gasthof Ruhn.
42.	Spandau	Gustav Kohlschmidt, Neuendorfer Str. 57.
43.	„	Heilig, Seeburger Str. 3.
44.	Hennigsdorf	Karl Kienzler, Fabrikstr.
45.	Hennigsdorf-Röntgenthal	Uebler, Siemensstr. 9/11.

Die Erfassung und Meldung der Wahlberechtigten.

Für die Erfassung und Meldung der Wahlberechtigten wird folgendes bestimmt:

1. Betriebserfassung bezw. Betriebsmeldung.

Für die in Betrieben, Geschäften, Bureaus oder Verwaltungszweigen tätigen Arbeitnehmer sind die Meldungen von dem Arbeiterrat, Betriebsrat, Angestelltenausschuß oder, falls eine solche Körperschaft nicht vorhanden ist, von einer Vertrauensperson, die von den in den vorgenannten Betrieben Beschäftigten bestimmt wird, an eine der Meldestellen zu übermitteln. Betriebsweise Erfassung und Meldung erfolgt in allen Betrieben, Geschäften, Bureaus usw., wo mehr als eine Person tätig ist.

Die Meldungen müssen enthalten:

1. Name und Lage des Betriebes, Geschäfts, Bureaus oder Verwaltungszweiges.
2. Art der Produktion des Geschäfts, Bureaus oder Verwaltungszweiges.
3. Zahl der Beschäftigten.
4. Wieviel Arbeiter — männlich .... — weiblich ....
   a) Wieviel Angestellte — männlich .... — weiblich ....
   b) Zahl der wahlberechtigten Arbeiter über 18 Jahre — männlich .... — weiblich ....
   c) Zahl der wahlberechtigten Angestellten über 18 Jahre — männlich .... — weiblich ....
5. In den Handelsbetrieben (Warenhäusern, Spezialgeschäften u. dgl.) muß außerdem angegeben werden die Zahl der in der Produktion Tätigen und die der im Handel und Verkauf Beschäftigten.
6. Name und genaue Adresse des Meldenden.

Verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen sind die Meldenden. Sie erhalten in der Meldestelle eine Bestätigung. Ihre Auftraggeber haben sich zu überzeugen, ob die Meldungen nicht versäumt und genau vorgenommen worden sind.

2. Berufserfassung bezw. Berufsmeldung.

Die Erfassung der Wahlberechtigten, die zwar als Einzelperson in ihrem Beruf, aber nicht gemeinsam mit anderen Personen in einem Betrieb oder Bureau tätig sind — dazu gehören auch Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen —, erfolgt auf Grund nachstehender Bestimmungen:

Jeder, der nicht mit anderen Personen in einem Betriebe tätig ist und damit unter die Berufserfassung fällt, hat sich bei einer der oben angegebenen Meldestellen zu melden. Dort erhält er die erforderlichen Meldeformulare.

Für Berufsmeldungen kommen u. a. in Frage: Bäcker, Schlächter, Gastwirtsgehilfen, Friseure, Schuhmacher, Schneider, Hausangestellte (Portiers, Diener, Köchinnen, Haushälterinnen, Dienstmädchen usw.).

3. Erfassung der Freien Berufe.

Schriftsteller, Aerzte, Privatgelehrte, bildende und darstellende Künstler, haben sich, soweit sie wahlberechtigt sind, zwecks Aufnahme in die Wählerliste ebenfalls in den Meldestellen eintragen zu lassen.

4. Erfassung der Arbeitslosen.

Die Arbeitslosen haben sich persönlich in den Meldestellen eintragen zu lassen. Ihre Meldung muß enthalten: Personal-, Berufs-, Wohnungsangabe. Als Legitimation dient der Arbeitslosennachweis und die Quittungskarte.

Die Wahlberechtigten erhalten bei der Meldung einen Ausweis, der sorgfältig aufbewahrt werden muß. Der Ausweis gilt bei allen Wahlen zur Räteorganisation als Legitimation. Doppelmeldungen sind unstatthaft, auch wertlos, da die Wahlen aller 14 Hauptgruppen und Untergruppen an einem Tage vorgenommen werden.

Die Zusammenstellung der Hauptgruppen und der Untergruppen wird von der Zentral-Wahlkommission gemeinsam mit den von den Gewerkschaften, Berufsverbänden und Vertretern der Arbeitslosen gebildeten Kommissionen vorgenommen. Sie erfolgt, wenn die Erfassung beendet ist. Die Erfaßten werden ihren Berufen zugeteilt, zu Wahlkörpern zusammengelegt und erhalten rechtzeitig Nachricht über alle die Wahlen der Betriebs- bzw. Berufsräte betreffenden Angelegenheiten.

Versäume niemand die rechtzeitige und ordnungsgemäße Eintragung in das Melderegister. Jeder Hand- und Kopfarbeiter, gleichviel welcher politischen Partei er angehört, soll am Aufbau der Räteorganisation bzw. des Rätesystems mitwirken.

Die Zentral-Wahlkommission.

Der Vollzugsrat des Groß-Berliner Arbeiterrates.

Die Konferenz der Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre,

die gestern abend im großen Saale des Lehrervereinshauses stattfand, wurde vom Genossen Richard Müller eröffnet. Er bemerkte einleitend, daß die Konferenz notwendig geworden sei, damit die Genossen alle an sie herantretende Fragen betreffend die Neuwahl der Arbeiterräte beantworten könnten. Genosse Neumann machte dann die ausführlichen, informierenden Angaben über die Neuwahl und den Neuaufbau des Arbeiterrates. (Die Richtlinien finden unsere Leser vorstehend.)

Genosse Richard Müller machte anschließend zu Neumanns Darlegungen nochmals Mitteilungen über den Neuaufbau des Rätesystems. An der Hand des eingegangenen Materials werden zuerst die 14 Hauptgruppen gebildet, sodann werden die Untergruppen. Diese wählen die Arbeiterräte. Dann erfolgt die Wahl der Bezirksgruppenräte, darauf die des Bezirkswirtschaftsrates. Die Zahl der Delegierten zum Bezirkswirtschaftsrat wird sich erst feststellen lassen, wenn man die Stärke der 14 Hauptgruppen kennt. Genosse Müller meinte, es werde sich wohl in der bürgerlichen Presse ein Sturm erheben gegen den Neuaufbau der Arbeiterräte, und es würden sich wohl auch Bestrebungen geltend machen, verschiedene Gruppen von der Teilnahme abzuhalten. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Genosse Maltzahn.

Günther (K. P. D.) machte namens seiner Fraktion die schweren Bedenken geltend, die gegen die indirekte Wahl zu den Bezirkswirtschaftsräten bei seiner Partei bestehen.

Genosse Müller wies darauf hin, daß die Entscheidung hierüber noch keineswegs endgültig gefallen sei. Auf verschiedene Anfragen antwortete Genosse Müller, daß den abseits stehenden Arbeitern, Angestellten und Beamten nur anzuraten sei, sich an den Meldungen zu beteiligen. Sollte sich der so aufgebaute Arbeiterrat als eine gute, wichtige Organisation der Arbeiterschaft erweisen, dann könnten selbstverständlich alle abseits Stehenden nicht in dieser Organisation vertreten sein und müßten notgedrungen bis zur nächsten Wahl warten.

Nachdem Maturel (K. P. D.) nochmals für seine Partei erklärte, daß die Zusage des Genossen Rosch zur Mitarbeit sich keineswegs restlos auf die Vorschläge der Unabhängigen erstrecke, verlas Genosse Müller einen Antrag der Funktionäre der Daimlerwerke, welcher sich gegen jede Sonderbelieferung der Einzelbetriebe mit Lebensmitteln wendet und es als Pflicht der Kommune bezeichnet, der Bevölkerung billige Lebensmittel und Bedarfsartikel zu verschaffen. Der Antrag geht an die nächste Vollversammlung. Zum Schluß wurde die Auswahl und Feststellung der für die Meldearbeit in Betracht kommenden Genossen vorgenommen.

•

Arbeitslose Radfahrer werden aufgefordert, sich am Sonnabend, den 16. August, vormittags 8 Uhr, zu melden In den Zellen 23, Zimmer 16. — Der Vollzugsrat des Arbeiterrats.

Gewerkschaftliches.

Maschinengewehre gegen Streikende.

Was im wilhelminischen Staat nur selten in die Erscheinung trat, nämlich ein militärisches Aufgebot gegen Streikende, das wird jetzt im Lande der vollendeten Demokratie zur Gewohnheit. Unter dem alten Regime mußte es schon ein Streik von großer Ausdehnung, wie der Bergarbeiterstreik in den neunziger Jahren, oder ein Massenstreik mit politischen, den Staat gefährdenden Tendenzen sein, wenn die Hilfe des Militärs herangezogen wurde. Heute genügt es, wenn einige tausend ausgebeutete Proletarier wegen Lohndifferenzen in den Streik treten, daß man ihnen ihr gesetzlich gewährleistetes Streikrecht mit Waffengewalt unmöglich macht oder zumindest erschwert.

Seit 14 Tagen streiken die Arbeiter und Angestellten des chemischen Großhandels in Groß-Berlin. Die Unternehmer, die während des Krieges Riesenprofite eingesteckt haben, wollen angeblich nicht in der Lage sein, ihren Arbeitern und Angestellten auskömmliche Löhne zu zahlen. An den Anschlagsäulen lassen sie große Plakate anbringen, worin sie mit heuchlerischen Worten darauf hinweisen, daß dieser Streik für die Allgemeinheit eine große Gefahr bedeute, da hierdurch die Versorgung mit Arzneien leiden würde. Wenn das richtig ist, dann trifft nicht die Streikenden die Schuld, sondern einzig und allein die Unternehmer, die es erst zum Streik kommen ließen, anstatt die wirklich nicht zu hohen Forderungen zu bewilligen. Denn niemand wird es

heute mehr billigen, daß verheiratete Männer mit einem Wochenlohn von 72 Mark und Angestellte sogar mit 250 Mark monatlich zu leben gezwungen sein sollen.

Mit dem Appell an die öffentliche Meinung und dem Hinweis auf die Gefahr eines Arzneimangels haben die Unternehmer aber nun wenigstens einen Deckmantel dafür geschaffen, daß ihre Betriebe durch Militär geschützt werden. Bei den Firmen Brückner u. Lampe, Mende, Hadega u. a. sind seit einigen Tagen mit Maschinengewehren ausgerüstete Freiwilligentruppen einquartiert, und die Streikposten werden durch sie gehindert, mit den Arbeitswilligen, die dort noch tätig sind, in irgend einer Weise in Verbindung zu treten. Vor diesen Errungenschaften der Revolution, die zu schützen nach Aeußerungen der Regierung und seines freiwilligen Organs, des „Vorwärts", unsere erste Aufgabe sein muß, danken die Arbeiter und Angestellten sehr. Das sind Errungenschaften, über die sich wohl jedes Kapitalistenherz freuen kann, aber mit den Interessen der erwerbstätigen Volksschichten sind sie nicht in Einklang zu bringen. Deshalb werden auch die Arbeiter und Angestellten mehr und mehr zur Einsicht kommen, daß all die schönen Redensarten, womit sie ständig von den Satrapen der scheinsozialistischen Regierung bearbeitet werden, eitel Lug und Trug sind.

Der Hamburger Bankbeamtenstreik.

Aus Hamburg wird den P. P. N. gemeldet: Das Angebot der Bankdirektionen im Hamburger Bankbeamtenstreik wurde in einer Versammlung der Bankangestellten mit zwei gegen 1500 Stimmen bei acht Stimmenthaltungen abgelehnt. Unter den Angestellten herrscht der feste Wille, auszuharren bis zum Sieg. Die Vorsteher der Depositenkassen haben erklärt, daß sie unter diesen Verhältnissen nicht in den Depositenkassen arbeiten können und wollen diesen fernbleiben. In einer großen öffentlichen Versammlung wurde gesagt, daß der Streik der Bankbeamten eine Machtfrage zwischen dem Unternehmertum und der Angestelltenschaft bedeute; ein Unterliegen der Bankbeamten würde für die Angestellten die allerhärtesten Folgen haben. Deshalb gelte es, die Angestellten in ihrem Kampf mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Als letztes Mittel wurde der Sympathiestreik der gewerkschaftlich organisierten freien Angestellten in Erwägung gezogen. Angesichts der drohenden Gefahr trifft das Bürgertum bereits Vorbereitungen, um einen Bürgerstreik zur Abwehr ins Leben zu rufen.

Massenentlassungen beim Reichsverwertungsamt.

Nahezu 200 Angestellte des Reichsverwertungsamtes haben gestern ihre Kündigung zum 30. September erhalten, die mit dem Abbau und Umorganisation des R. V. A. begründet wird. Dies ist um so merkwürdiger, als zur Zeit noch soviel Arbeit vorliegt, daß sie nur durch Ueberstunden und Nachtschichten bewältigt werden kann. Dabei finden noch jetzt viele Neueinstellungen statt und noch vor wenigen Tagen waren diesbezügliche Annoncen in den Zeitungen zu lesen. Ueberhaupt muß in der Personalstelle des R. V. A. eine fürchterliche Unordnung herrschen. So hat man einem Angestellten bei seiner Einstellung gleichzeitig zum 30. September gekündigt. In einem anderen Falle hat man eine Kündigung zweimal ausgesprochen und auch im vorliegenden Falle hat man sich nachträglich bei den Angestellten erkundigt, wem man eigentlich gekündigt hat.

Die entlassenen Angestellten sind nun keineswegs gesonnen, sich eine solche Behandlung gefallen zu lassen, die vollkommen gesetzwidrig ist und auch dem Weimarer Abkommen widerspricht, und zwar schon aus dem Grunde, weil bei der Kündigung der Angestelltenausschuß überhaupt nicht gehört wurde. Die Verwaltung ist bei der Auswahl der zu Entlassenden ganz willkürlich vorgegangen. Auch Familienväter und Kriegsbeschädigte sind in großer Zahl darunter. Ferner hat man die Gelegenheit benutzt, mißliebige Personen zu maßregeln. Die Kandidaten zur Neuwahl des Angestelltenausschusses sind in der Mehrzahl auch dabei, so zwei Mitglieder der Fünfer-Kommission. Dagegen sind andere, noch sehr junge, unverheiratete Schützlinge, die keine Kriegsteilnehmer sind, im Amt geblieben, darunter natürlich auch der Angestellte und Ausschußmitglied Baron Konstantin von Normann.

Die Angestellten versammelten sich nun gestern nachmittag im „Patzenhofer" in der Friedrichstraße. Fehling schilderte die Lage eingehend, anschließend sprachen die Vertreter des Ordnungsgehilfen-, des Bureauangestelltenverbandes und des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten ihre Unterstützung aus. Die Diskussion brachte haarsträubende Zustände an das Tageslicht, wie die Behörden mit Reichsgut umgehen, wie die Geheimräte die Angestellten schikanieren, die gesetzmäßige Nachzahlung von „guter Führung" abhängig machen usf. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie gegen diese gesetzwidrigen Entlassungen protestiert, die Kündigungen nicht anerkennen und von den einschlägigen Ministerien erwarten, daß sie sich an die Abkommen halten. Ferner verlangen die Angestellten endlich die Auszahlung der rückständigen vertragsmäßigen Gehaltszulagen.

Streik bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer.

Die bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer beschäftigten Arbeiter und Angestellten haben vor mehreren Tagen im Einverständnis mit dem Vollzugsrat einen Arbeiterrat gewählt. Die Direktion weigerte sich diesen anzuerkennen und sind daraufhin die Müllkutscher, Schaffner, Verladearbeiter gestern früh in den Ausstand getreten.

In der gestern Nachmittag stattgefundenen gemeinsamen Versammlung der Hand- und Kopfarbeiter wurde von allen Versammelten der Beschluß gefaßt, daß der gewählte Arbeiterrat in seinem Amte zu verbleiben hat und daß der Ausstand nicht früher beendet wird, bevor nicht die Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft den Arbeiterrat anerkennt. Die Angestellten, sowie auch die Nachtwächter bekundeten den Streikenden vollste Sympathie und verurteilten die Handlungsweise dr Direktion aufs Schärfste.

Man sollte es garnicht glauben, wie das Unternehmertum dauernd die Arbeiter- und Angestelltenschaft provoziert. Es lag in der Hand der Direktion der Wirtschaftsgenossenschaft, diesen auch die Allgemeinheit der Berliner Bevölkerung treffenden Streik zu vermeiden.

Die Angestellten der Bank für Handel und Industrie haben gestern in einer Betriebsversammlung im großen Saal der Germania-Säle eine Entschließung einstimmig angenommen, in der das Angebot der Bankleitung wegen der heute beginnenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zurückgewiesen worden ist. Es wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß bei diesen Verhandlungen nur eine Erhöhung der von der Direktion vorgeschlagenen Sätze in Frage kommen kann.

Eine Mitgliederversammlung der Maler, Lackierer usw., die am Donnerstag abend im Gewerkschaftshause stattfand, setzte zunächst die Diskussion über den verflossenen Verbandstag fort. Dann gab Genosse Bölzer einen sachlichen Bericht über den Gewerkschaftskongreß. Im Anschluß daran schilderte Genosse Schütz die gegenwärtige ökonomische Lage und begründete seine Ansicht, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch bevorstehe. Alle gewerkschaftlichen Errungenschaften werden wieder durch politische Maßnahmen der Regierung zunichte gemacht. Es entspann sich hierauf eine längere lebhafte Debatte über die Politik der Rechtssozialisten. Die Ausführungen des Rechtssozialisten Klatz wurden durch die Genossen Trendel und Kaiser treffend widerlegt. Genosse Hennigsen ging dann noch speziell auf die Sozialisierungsfrage ein und betonte, daß die Mittel der S. P. D. nicht zum Sozialismus führen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung werde über alle theoretischen Pläne der Regierung hinwegschreiten. Eine im Oktober stattfindende Generalversammlung wird sich mit der Wahl der Angestellten befassen. In einer Versammlung wird demnächst Genosse Däumig einen Vortrag über das Rätesystem halten.

Achtung, Transportarbeiter-Funktionäre! Am Montag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, findet Andreasstraße 21 (Andreas-Festsäle) eine wichtige Besprechung aller auf dem Boden der Opposition stehenden Transportarbeiter-Funktionäre statt. Mitgliederbücher des Verb. der U. S. P. D. und K. P. D. legitimieren.

Groß-Berlin.

Vorsicht vor Geldverleihern.

Bei Inanspruchnahme von Gelddarleihern sollte jeder die größte Vorsicht walten lassen, denn den meisten Darlehnsgebern ist es in der Hauptsache um die Gebühren zu tun.

Wie es denen ergeht, die auf die Anpreisung solcher Menschenfreunde eingehen, lehrt folgender Fall: In der „Morgenpost" war folgendes Inserat zu lesen:

Gelddarlehen

6 Proz., langfristige Ratenzahlung, Möbelbeleihung, stehenbleibend, sofortige Auszahlung auf Wertobjekte. Witt, Chausseestraße 6 III, 10—7.

Ein Ehepaar, daß auf schnellstem Wege 2200 M. benötigte, die es in spätestens 3—4 Wochen wieder zurückzahlen wollte, wandte sich auf Grund des Inserats an die genannte Adresse. Als der Ehemann hinkam, hieß es, daß das Geldgeschäft durch eine Hamburger Bankfirma gemacht würde, und zwar Franke u. Co., Kommanditgesellschaft; Herr Witt ist Vertreter, und sind fürs erste für ihn gleich die Kleinigkeit von 40 M. zu entrichten für Vermittlungsgebühren, Porto usw. Das war an einem Sonnabend. Spätestens den darauffolgenden Mittwoch wollte dann ein Beamter sich die Zweizimmerwohnung besichtigen. Anstelle eines Beamten traf ein Schreiben von der Kommanditgesellschaft ein mit der Aufforderung, 35 M. Pauschalsumme einzusenden, und zwar als Auskunftsgebühren usw. Etwa 8 Tage später erfolgte ein Bestätigungsschreiben vom Eingange der 35 M. und zugleich die Mitteilung, daß auf Möbel keine Beleihung stattfindet, da die eingebrachten Sachen in erster Linie dem Hauswirt als Pfand für Miete dienen und der das erste Pfändungsrecht darüber hat. Weitere Schreiben besagten, daß für die Beleihung auch die Charaktereigenschaften u. a. maßgebend seien. Schließlich wurde auch noch darauf hingewiesen, daß Bürgschaft verlangt werden könne. Weil der Antragsteller unwillig wurde, benutzte dies die Kommanditgesellschaft dazu, um daraus Schlüsse auf die Charaktereigenschaften desselben zu ziehen. Die Schreiben strotzen von Beleidigungen. Das Ende vom Liede: Der Antragsteller ist 75 M. los, ohne einen Pfennig Darlehn erhalten zu haben. Bezeichnend für den Wert dieser „Darlehnsgeber" ist die von den Antragstellern verlangte Versicherung, daß „er sich nicht in einer Notlage befindet". Damit kann die „Gesellschaft" jeden Antrag ablehnen und ohne Gefahr die Gebühren einstreichen. Und das scheint die Hauptsache zu sein.

Die Mißstände in der Zehlendorfer Lebensmittelwirtschaft.

Aus Zehlendorf wird uns geschrieben: Am 12. d. M. fand hier unter größter Beteiligung aller Bevölkerungsklassen eine vom kommunalen Arbeiterrat einberufene öffentliche Versammlung statt, welche sich mit den Mißständen der Zehlendorfer Lebensmittelwirtschaft beschäftigte. Die verantwortlichen Behörden, haben es trotz dringlicher Einladung vorgezogen, in dieser Versammlung nicht zu erscheinen, was weniger für ihr gutes Gewissen als für ihren Mangel an Mut spricht. Das vom Arbeiterrat vorgelegte, sorgfältig geprüfte Material ergab denn auch, daß sich hier nicht nur auf Kosten der Gemeindemitglieder einzelne Persönlichkeiten, wie der Gemeindeeinkäufer Sch., unerhört bereichert haben, sondern daß auch bodenlos leichtfertig und ohne genügende Sachkenntnis von den verantwortlichen Stellen gewirtschaftet worden ist. So hat es der Einkäufer der Gemeinde verstanden, an der Lieferung von 2 Waggons minderwertigen Backobstes, an dem die Gemeinde bereits ca. 60 000 M. Verlust hat, nicht weniger als 23 000 M. für seine eigene Tasche zu verdienen und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. Die Empörung der Riesenversammlung — viele Hunderte hatten keinen Einlaß mehr gefunden — war naturgemäß sehr groß. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Gemeindeverwaltung das stärkste Mißtrauen ausgesprochen wurde und in welcher zum Ausdruck kam, daß die Versammelten in der Tätigkeit des Arbeiterrates die einzige Gewähr zur Wahrnehmung ihrer Interessen sehen. Dieses um so mehr, als die U. S. P. nur mit zwei Vertretern im Gemeindeparlament vertreten ist, die grundsätzlich von allen wichtigen Kommissionen ausgeschlossen sind, so daß es ihnen unmöglich ist, Einblick in den Verwaltungsbetrieb der Gemeinde zu haben.

Gegen das muffige Mehl.

Die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Magistrat wird ersucht, mit allergrößter Beschleunigung an Stelle des muffigen Mehls in Zukunft nur noch reines und gutes Mehl den Bäckern zur Verfügung zu stellen, um schwere Schädigungen der Gesundheit vorzubeugen."

Die Kontrolle der Krankenhausküche.

Uns wird geschrieben: „Vor Monaten erließ der Magistrat oder die Deputation der städt. Krankenanstalten eine Verfügung, in der es unter anderem hieß, daß die Küchen-Kommissionen die Küchen und alle ihre Nebenräume kontrollieren könnten. Es wurde eine Küchenkommission gebildet, der im Virchowkrankenhause der wirtschaftliche Direktor Ohlmüller, der Bureauvorsteher Badniek, ein Arzt, eine Schwester und zwei Arbeiter angehörten, also 4 Beamte und 2 Arbeiter.

Es kam eine Einteilung in Rayons. Während der Direktor und der Bureauvorsteher das Recht hatten, alles kontrollieren zu können, zum Teil auch der Arzt und die Schwester, hatten die beiden Arbeiter z. B. nicht das Recht, das Aerzte-Kasino zu kontrollieren, obwohl bei dem Einheitstisch die Aerzte dasselbe Essen haben (?) als die Arbeiter. Auch zu dem Schwesternhaus, in dem 321 Schwestern essen, durften die Arbeiter nicht gehen. Aber noch nicht genug mit dieser der Verfügung zuwiderlaufenden Rechtsschmälerung, ging der Direktor Ohlmüller soweit, den beiden Kollegen der Küchenkommission zu sagen, daß er ihnen nicht das Recht einräumt, auch die Nebenräume zu kontrollieren. Ihre Tätigkeit beschränkte sich daher in den letzten Monaten nur darauf, auf den Stationen die Patienten zu fragen, ob sie mit dem Essen zufrieden waren oder nicht, auch durften sie in die Kessel der Küche schauen und kosten. Dagegen aber wurde ihnen, wie bereits erwähnt, die Kontrolle der Nebenräume, wo da eigentlich alles lagert, das Aerzte-Kasino, was diese Herren eigentlich essen und ob sie nicht etwa etwas Besseres bekommen, sowie die Kontrolle des Schwesternhauses verwehrt.

Es ist bezeichnend, in welcher Weise manche gut gemeinte Anordnungen durch eine verknöcherte Verwaltung in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Abhilfe durch die Deputation ist notwendig.

Anfragen betr. Heeresangehörige. Das Kriegsministerium gibt durch Armee-Verordnungsblatt bekannt, daß zur Vermeidung zeitraubender Rückfragen in allen Anfragen bei militärischen Dienststellen über Militärpapiere, Gebührnisse, Versorgung, Kriegsgefangenschaft u. dergl. stets die Formation, der der Betreffende angehört hat, nach Regiment, Kompagnie usw. genau zu bezeichnen ist.

Die Pilzberatungsstelle im Märkischen Museum ist eröffnet. Die Sprechstunde findet Dienstag und Freitag von 12 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm. statt. Die Auskunftsgebühr für jede Pilzart beträgt 25 Pfennig. Der Eingang zur Beratungsstelle ist am Köllnischen Park Nr. 5 part.

Unzureichende Aufschriften auf Postsendungen verursachen der Post viel Arbeit. Vielfach wird darüber Klage geführt, daß die von auswärts nach Berlin bestimmten Postsendungen ungenügend adressiert sind. Die Vorschrift, daß in der Aufschrift der Postsendungen nach Berlin und anderen großen Orten Straße und Hausnummer, womöglich auch Stockwerk usw., angegeben sein müssen, bleibt leider sehr häufig unbeachtet. Allein beim Briefpostamt in Berlin gehen werktäglich rund 3600 gewöhnliche Briefsendungen ein, bei denen die Wohnungsangabe entweder ganz fehlt oder unvollständig oder unrichtig angegeben ist. Beim Briefpostamt sind dauernd 22 Kräfte allein mit Nachschlagungen in Adreßbüchern, Erkundigungen bei anderen Behörden und sonstigen zweckentsprechenden Ermittlungen usw. zur Unterbringung dieser Sendungen beschäftigt. Abhilfe in diesem unerträglichen Zustand kann der Absender schaffen, wenn er es sich zur unbedingten Pflicht macht, bei Postsendungen nach großen Orten die genaue Wohnungsangabe des Empfängers hinzuzufügen, im Verkehr nach Berlin außerdem den Postbezirk (O, N, NO usw.) und tunlichst auch die Nummer der Bestell-Postanstalt anzugeben.

Vom Trittbrett abgestürzt. Donnerstag nachmittag stürzte der Arbeiter Erich Deutschmann, Berlin, Koloniestr. 28, bei seinen Eltern wohnhaft, vom Vorortzug 378 auf der Fahrt von Hennigsdorf nach Berlin. D. hielt sich während der Fahrt auf dem Trittbrett des Wagens auf und wurde beim Passieren der Havelbrücke in Hennigsdorf von einem Pfeiler der Brücke gefaßt und vom Zuge gerissen, wobei er äußere Verletzungen am Kopf und Fuß sowie innere Verletzungen davontrug. Der Verletzte wurde, nachdem ihm Dr. Kiesow in Hennigsdorf einen Notverband angelegt, per Auto dem Reinickendorfer Krankenhause zugeführt.

Gestohlen wurde am 13. August bei dem Automobilbetrieb Firma Renold, Puttkamerstr. 19, die auf das Arbeiterratsmitglied Erich Benzin lautenden Papiere. Mitgliedskarte der U. S. P. D., polizeilicher Führerschein sowie die Kasse der Arbeiterräte. Es wird vor Mißbrauch der Papiere gewarnt.

Velten. Alle Einwohner mit den Kohlenkarten Nr. 1—[illegible], welche auf Abschnitt 11 der Kohlenkarte noch keine Kohlen empfangen haben, können diese heute von 8 Uhr vormittags ab auf dem Bahnhof durch den Konsumverein in Empfang nehmen.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Uebungsabende haben nächste Woche: Montag, den 18. August, abends 7½ Uhr, Bezirk Tempelhof, De..inerstraße 92, im Restaurant. — Bezirk Osten Lichtenberg, Scharnweberstraße 60 im Restaurant. — Donnerstag, den 21. August, Bezirk Westen, 6. Abt., Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 41 b, im Restaurant. — Freitag, den 22. August, Bezirk Norden: Ufe...straße 33, im Restaurant. — Bezirk Süden, 5. Abt., Neukölln, Weichselstraße 8, Ideal-Passage. Gäste haben Zutritt.

Lebensmittelkalender.

Pankow. In den bekannten Geschäften gelangen gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 63 von der allgemeinen Lebensmittelkarte 250 Gramm Marmelade zum Preise von 0,65 Mark zum Verkauf.

Velten. Heute auf Abschnitt 12 der Einfuhrzusatzkarte ein Pfund ausländisches Weizenmehl.

Aus den Organisationen.

Teltow-Beeskow. Werbematerial und Zeichnungsscheine für die Verlagsgenossenschaft „Freiheit" sind für alle Ortsvereine des Kreises im Kreisbureau, Neukölln, Neckarstraße 3, zu haben.

Neukölln. Montag abend 7 Uhr: Sitzung der Stadtverordnetenfraktion im Saal 2 des Rathauses.

Neukölln. 2. Viertel. Funktionärsitzung Montag, abend 7 Uhr bei Richter, Prinz Handjerystraße. 5. Bezirk. Montag abend 7½ Uhr im Idealkasino, Weichselstraße, Bezirksversammlung.

Friedenau. Sonntag, den 17. August: Familien-Ausflug. Treffpunkt: 2 Uhr, Schillerplatz.

Lichtenberg. Dienstag, 19. August, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung in der Aula Parkaue (an der Möllendorffstraße). Tagesordnung: 1. Bericht vom kommunalen Arbeiterrat. Berichterstatter Gen. Stimming; 2. Ergänzungswahl zum A.-R.; 3. Anträge.

Tegel. Montag, den 18. Aug., abends 7½ Uhr, bei Christen..., Schlieperstraße 60: Funktionärkonferenz. Dienstag, den 19. August, abends 6 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirksobleuten aus. Mittwoch, den 20. August, abends 7½ Uhr, im Strandschloß: Öffentliche Frauenversammlung. Referentin: Genossin Ritter.

Achtung Eisenbahner! Sonntag vormittag 9½ Uhr im Charlottenburger Volkshause, Rosinenstraße 4, Extrazahlmorgen der U. S. P. D. Tagesordnung: Ausbau der Räteorganisation. Freie Aussprache. Gäste willkommen.

Vereinskalender.

Fachgruppe 3 h. Montag abend 7 Uhr: Versammlung aller Angestellten-Ausschüsse der Heeresbetriebe der Fachgruppe 3 h im Plenarsaal, Herrenhaus, Leipzigerstraße 3.

Funktionäre der Afa-Angestelltenverbände. Nächste Woche finden folgende Sitzungen statt: Maschinen- und Werkzeugbau: Dienstag. — Elektroindustrie: Mittwoch. — Eisen-, Hoch- und Tiefbau: Donnerstag. — Metallgewerbe: Freitag. Lokal wird noch bekanntgegeben. Tagesordnung: Können wir den Streik vermeiden.

Intern. Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Bezirk Westen. Sitzung am Dienstag, den 19. August, abends 7 Uhr, im Lokal von A. Wiemers, Bülowstraße 58.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Sonntag nachmittag von 3—6 Uhr, im Landheim „Meißnerhof", Generalprobe der Volkssänger und Lieder zum Sportfest. Alle Volkssänger und Klampfenspieler haben zu erscheinen.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Agitationsbezirk Berlin. 1. Tiefensee—Falkenberg. Abfahrt: Sonnabend, 6.11 Uhr nachm., Wriezener Bhf. 2. Freienwalde—Sternebeck. Abf.: Sonnabend, 6.35 Uhr, Stettiner Fernbhf. 3. Führerwanderung nach Niederfinow, Abf.: Sonnabend, 6.35 Uhr nachm., Stett. Fernbhf.

Arbeiter-Esperantisten-Bund. Sonnabend, 16. August, abends 8 Uhr, bei Raß, Alexanderstraße 10: Versammlung.

Briefkasten.

Frau M. Hänisch, Neukölln. Wir bitten um Angabe Ihrer Adresse.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H. Berlin. — Druck: Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm ...